Anhang

Anmerkungen und Dokumentation

zum ersten Teil

des Offenen Briefes vom Oktober 1999

von

Tristan Abromeit

an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten

Herrn

Gerhard Glogowski

Anmerkungen und Anhang zum ersten Teil

des Offenen Briefes vom Oktober 1999 von Tristan Abromeit

an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten, Herrn Gerhard Glogowski

Inhaltsübersicht

Seite **A**

- Erläuterung zum Anhang 3
- Hinweise auf: Folge 122 der *Zeitschrift für Sozialökonomie, Deutsches Allgemeine Sonntagsblatt* und auf eine Erklärung zum Wahlverhalten von Josef Hüwe 5
- Anmerkungen zum Stil und Darstellungsformen gesellschaftlicher Zustände und Vorgänge besonders für die Mitleser 6
- Denk-Zettel zur Energiepolitik 10
- Bürgerwille und Parteienherrschaft (Die Lücke im Tagungsprogramm) 13
  (THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK) 23
- Offener Brief an die AOK - Die kranke Kasse 26
- Exkurs zum Antifaschismus und Sozialdemokratismus 35
- „... wenn man plötzlich als Faschist gilt ...“ Bernd Rabehl über das Buch „Der Antifa-Komplex ...“ von Peter Sichrovsky 39
- Brief an die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Vors. Roland Issen 42
- Die Arbeitnehmer beteiligen (aus *Bündnis 2000*, 2/94) 48
- Vorschläge für eine Konföderation im Nahen Osten 53
- GESELLSCHAFT FUER NAH-OST KONFOEDERATION Rundbrief von Joseph W. Abileah, Haifa 56
- Mitteilung der Freunde der Nahost-Konföderation / Literaturhinweis 60
- Warum ich von meinem Wahlrecht künftig keinen Gebrauch mehr machen will, eine Erklärung mit 3 grafischen Darstellungen ökonomischer Fakten von Josef Hüwe 62
- Nullrunden für Arbeitnehmer aus DAS mit Beiträgen von Glogowski, Rudolph, Wolters und Creutz mit Buchhinweis 68
- Arbeit, Geld & Krieg, Günther Moewes 71
- Der ungleich Kampf um die Natur aus FR von Pierre Simonitsch 72
- Hinweis auf *Mehr Demokratie* 76
- Hinweis auf *Die Planungszelle - Bürgergutachten* 78
- Hinweis auf den *Verein zur Wahrung der deutschen Sprache* *80*
- Spiegelbericht über Ostpreußen: „Bald ist Berlin näher“, Olaf Ihlau 81

Verstümmelt bis unter die Grasnarbe, Arno Surminski 84
„Untrennbarer Teil Russlands“, Gespräch mit Gouverneur Leonid Gorbenko 85
- Die Vergessenen Vertriebenen aus *WamS*, Klaus Rainer Röhl 87
- Mehr Bürger-Gesellschaft - weniger Staat aus P.M. 10/1999 89

Erläuterung zum Anhang

Wenn ich auf die Aktivitäten von Vereinigungen hinweise, dann weil ich deren Anliegen für wichtig halte, ich äußere mich aber nicht als deren Mitglied oder Sprecher.

Der Anhang hat Bezug zu Passagen des Haupttextes. Manchmal dokumentieren die Anlagen, daß die aktuelle Themen bereits alte Themen sind. Taube Ohren gibt es zu allen Zeiten an allen Orten. Ich hoffe, daß ich die Querverweise nicht vergessen habe, wenn doch schadet es auch nichts, denn jeder Anhang spricht für sich selbst. Die Reihenfolge der Beiträge im Anhang soll keine Rangordnung oder Systematik darstellen. Zum Teil sind die Anhänge auch schon ein Vorgriff auf den zweiten Teil dieses Offenen Briefes (offen auch in der Länge).
Der eine oder andere Anhang müßte auch gesondert kommentiert werden. Ein Beispiel: „Geschichte verstehen wir erst, wenn wir nicht die eigenen Maßstäbe, sondern die des Zeitalters anlegen, das uns beschäftigt.“ Als ich diese Worte von Christian Graf von Krockow in „Begegnungen mit Ostpreußen“ (S.82) las, viel mir spontan „Das Massaker von Wounded Knee“ ein. Diesen Beitrag von P.J. Blumenthal aus P.M. 9/99 habe ich in den Anhang übernommen wegen der Stichwörter Holocaust der Indianer“ und „Landnahme“.
Zu Josef W. Abileah in Israel und der Gesellschaft für Nahost-Konföderation habe ich Anfang der 70er Jahre Kontakt bekommen. Es erweckt in mir das Gefühl des Versagens, wenn ich heute die Texte von damals lese, weil ich das Anliegen nicht stärker unterstützt habe. Ich habe mich aber damals selber mit dem Projekt „Freie Akademie Norddeutschland“ abgeplagt, war auf Hilfe angewiesen, die ich nicht bekam. Ich bedauere, daß ich keine Chance hatte, nach Israel zu fahren um ihn und seine Arbeit persönlich kennen zu lernen. Ich tröste mich mit dem Gedanken, daß eine meiner Töchter in einem Kibbuz gearbeitet hat. Abileah erwähnt auch das Freudschaftsheim in Bückeburg. Diese von Pastor Wilhelm Mensching initiierte internationale Begegnungsstätte hat im Nachkriegsdeutschland eine hervorragende Versöhnungs- und Friedensarbeit geleistet und hat mit dafür gesorgt, daß die Kommunikation mit dem Osten trotz Eisernen Vorhangs nicht ganz abriß. Für mich persönlich hat das Freundschaftsheim in den 50er Jahren eine bedeutende Rolle gespielt. Das Freundschaftsheim ist letztlich aber auch ein Symbol für das Scheitern der Friedensbewegung.
Die Briefe an die DAG und AOK sind Beispiele für die Versuche, bedeutende gesellschaftliche Institutionen anzuregen, sich aus den selbstgewählten Gefängnissen zu befreien. Die für mich meßbaren

Wirkungen waren gleich Null. Aber die nackte Existenznot wird die gesellschaftlichen Institutionen zwingen ihre Aufgabe neu zu definieren. Wenn Gerhard Schröder sagt: „Der DGB könne 'stolz auf die vergangenen 50 Jahre zurückblicken, weil er immer für das Gemeinwohl Verantwortung übernommen hat'." (HAZ vom 14. 10. 99), so kann man die Aussage nur gelten lassen, wenn vom Wollen der Gewerkschaftler die Rede ist und nicht vom Tun. Die IG Metall z.B. hat zwischen 1995 und 1998 fast 200.000 Mitglieder verloren nicht weil sie so leistungsstark ist, sondern weil sie mit untauglichen Mitteln die Interessen ihre Mitglieder vertreten hat und noch vertritt.
Der Artikel aus der *Welt am Sonntag* (25. 4. 99) von Klaus Rainer Röhl hat mir ein Nachbar in den Briefkasten gesteckt. Ich hoffe, daß er bei der Verkleinerung von DIN A 4 auf DIN A3 noch lesbar ist. Ich habe ihn in der Sammlung aufgenommen, weil ich meine, daß das Mitgefühl für die heute Vertriebenen und Drangsalierten in Europa und der weiten Welt leicht zur Heuchelei werden kann, wenn man das Leid, das Millionen von Mitgliedern der eigenen Gesellschaft erlitten haben, einfach verdrängt oder mit dem Hinweis auf Hitler entschuldigt.

Manche Leser glauben aber auch aus der Ortsbestimmung der Quellen eine Ortsbestimmung des Verfassers ableiten zu können. Das ist nicht ganz abwegig, kann aber total daneben liegen. Mit dem „Kapital", der „Bibel" oder „Mein Kampf" z.B. kann man Pro- und Kontra-Haltungen zum Sozialismus, Christentum oder Nationalsozialismus untermauern. Auch darf nicht vergessen werden, daß sich dem Schreiber, der Schreiberin manche Quelle zufällig erschließt.

Ich bin weder ein Fan des SPIEGELs, von P.M. noch der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, sondern kaufe oder beziehe sie nach momentanen Nützlichkeitsgesichtspunkten. Aber den SPIELGEL Nr. 37 vom 13 9. 99 mit der Titelgeschichte „Was ist soziale Gerechtigkeit?" kann ich im Themenzusammenhang empfehlen. Die Titelgeschichte wäre vermutlich vor noch nicht langer Zeit mit den für politische Denunziation geeigneten Begriff *Sozialdarwinismus* verrissen worden.

Diese SPIEGEL-Ausgabe enthält aber auch Beiträge zum Thema Kaliningrad / Königsberg. Ich füge sie als Kopien in Ergänzung zu meinen Anmerkungen über Ostpreußen bei.

Da mit dem vorliegenden Text keine Gewinnabsichten verbunden sind, hoffe ich, daß die Wiedergabe der Texte aus dem SPIEGEL; der Zeitschrift M P und dem Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt für die kleine Startauflage in ein paar Dutzend Exemplaren als Werbung für diese Medien gesehen werden und nicht als Verletzung des Urheberrechtes. Fehlen die Beiträge in einer folgenden Auflage, dann haben die betreffenden Verlage Einwände erhoben.

Erwähnen möchte ich noch, daß mir für die Arbeit kein Schreibdienst zur Verfügung stand und ich am PC wohl ein ewiger Anfänger bleibe. Korrektur gelesen hat für mich L.B. (Jahrgang 1913) im Eilenriedestift in Hannover.

Hinweise auf:
Folge 122 der Zeitschrift für Sozialökonomie, Deutsches Allgemeine Sonntagsblatt und auf eine Erklärung zum Wahlverhalten von Josef Hüwe, Berlin

Nach Beendigung dieses ersten Teiles erhielt mit der Post:

1. Die *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 122 Folge / September 1999 (Gauke Verlag GmbH, Postfach 1320, D-24319 Lütjenburg),
   Redaktion Werner Onken, Varel,
   Autoren und Themen:
   Werner Peters - Die Zukunft der Parteiendemokratie,
   Roland Geitmann - Demokratie im 21 Jahrhundert,
   Johannes Stüttgen - Die Idee der Sozialen Plastik,
   Claudine Nierth - Hamburger Erfahrungen mit Mehr Demokratie,
   Thomas Mayer - Bürgerbegehren München-Geld,
   Helmut Becker - ReWir 2000 Modell einer regionalen Zweitwährung
   Ich habe einen kurzem Einblick in die Texte genommen, ich kann Sie als Ergänzung (vielleicht auch als Widerspruch) zu meinen Aussagen empfehlen.

2. Weiter erhielt ich eine Kopie des Leserforum aus „Deutsches Allgemeine Sonntagsblatt“, Ausgabe vom 30. 7. 99. Diese Seite vereinigt Sie, Herr Glogowski mit Helmut Creutz und weitere Autoren zum Thema „Nullrunden“. Ich nehme das zum Anlaß, auf ein Buch von Creutz hinzuweisen. Es trägt den Titel „Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, Ullstein 35456. Aus Gründen des Formates füge ich die Seite als Textmontage dem Anhang bei.

3. Josef Hüwe aus Berlin, erklärt in einem dreiseitigen Schreiber, warum er künftig von

seinem Wahlrecht keinen Gebrauch mehr machen will. Seine Begründung paßt thematisch auch zur „Nullrunde“. Sie finden den Text und Daten, die er anführt nachfolgend im Anhang.

Anmerkungen zum Stil und Darstellungsformen gesellschaftlicher Zustände und Vorgänge besonders für die Mitleser

(Es ist auch eine Ergänzung zum Thema *freiheitliche Kommunikation.)*

Es gehört zum Kaptitel Lust und Frust mit dem Schreiben: Es gibt Leser, denen ist die Form eines Textes wichtiger als der Inhalt. Die Form und der Stil kann durchaus Gegenstand des Lernens und des Lehrens sein. Es sind uralte Themen. Weil sie aber nicht mein Anliegen sind und ich auch keine Neigung habe, mich nach Fertigstellung des Textes darüber in eine Diskussion einzulassen, sage ich hier an ungewohnter Stelle, was ich dazu zu sagen habe:

Zuerst eine Frage: Soll man einem Mitglied der Feuerwehr die Beteiligung an der Bekämpfung eines bedrohlichen Feuers verbieten, weil er statt in die Uniformjacke in seinen Arbeitskittel geschlüpft ist?

Es gibt verschiedene Formen, gesellschaftliche Zustände zu beschreiben. Manche Zeitgenossen glauben, es sei sehr oder nur wissenschaftlich, wenn die gesellschaftlichen Zustände und Vorgänge in mathematische Formeln gepreßt und dargestellt werden. Es ist aber ein sehr arbeits- und zeitaufwendiges Verfahren, diesen Formeln eine Schlüssigkeit zu verleihen. Die Crux dabei ist: Da nur sehr wenige Spezialisten diese Formeln lesen können, braucht man noch einmal so viel Zeit, um die Formeln verbal zu erläutern, damit wenigstens ein paar Zeitgenossen verstehen, worum es geht. Das Verfahren ist also ein Umweg. Ich gebe dabei zu, daß ich vielleicht voreingenommen bin, weil ich selber mich mit den vier Grundrechnungsarten behelfen muß. Aber in der Ausgabe vom 7. 5. 99 ist in der Badischen Zeitung zu lesen, daß der 79jährige ehemalige Berufsfotograph und Nobelpreisträger Douglass North die Insti-

tutionen wieder ins Blickfeld der Volkswirtschaftslehre gerückt hat. „North versteht unter Institutionen jene Regeln, mit denen Menschen ihr Zusammenleben gestalten, um die Unabwägbarkeiten der Zukunft zu verringern. Das können zum Beispiel Gesetze oder informelle Übereinkünfte über gemeinsames Handeln sein. Die große Mehrheit der Kollegen hatte diese Leitsätze vernachlässigt. Institutionen liefen bei Theorien wirtschaftlicher Entwicklung oft außen vor, die Ökonomen nahmen sie einfach als gegeben hin. Nicht ohne Grund: Sie ließen sich nur schwer in mathematische Formeln fassen. Die abstrakten Gleichungen sind wegen ihrer Schärfe und Klarheit zum beliebtesten Handwerkszeug der Volkswirtschaftslehre geworden.“ ... Was nützen aber glasklare mathematische Formeln, wenn sie die Wirklichkeit nicht erfassen, die Lesbarkeit von vorhandenen „Dolmetschern“ abhängt und die reale Gesellschaftliche Situation damit nicht verbessert werden kann. Ökonomen, die gerne andere Wissenschafts- und Politikbereiche nach dem Schema von Kosten und Nutzen angehen, sollten ihre eigene Theoriebildung und Theoriedarstellung genauso beurteilen.

Ein anderes Verfahren ist, Fakten und Vorgänge zu Statistiken zu verdichten. Dieses Verfahren ist durchaus nützlich, weil manches, was beim visuellen Erfassen von Vorgängen und der folgenden rein verbalen Beschreibung untergeht oder erst gar nicht sichtbar wird, nicht verloren geht. Zum Quantifizieren sind Zahlen, die in ein Verhältnis zu einander gesetzt werden können, erforderlich. Der Haken von Statistiken - das sind ebenfalls in Zahlen verdichtete Vorgänge - ist, daß die Anzahl der Menschen, die sie mit Interesse und Erkenntnisgewinn lesen, vermutlich wenig größer ist, als die Zahl der Menschen, die einen Genuß und eine Vorstellung vom Musikwerk haben, wenn sie eine Partitur lesen. Statistiken werden erst dann für mehr Menschen lesbar, wenn sie in graphischer Form dargestellt werden.

Dann gibt es auch noch die Ansicht, daß wissenschaftlich oder wissensvermittelnd nur ein Text sei, der gut gegliedert ist und in dem der Autor als Person unerkennbar bleibt. In der Tat: Ein gut gegliederter Text kann ein Kunstwerk sein und von Gedankenklarheit zeugen. Er kann aber auch ein Zeugnis von Zwanghaftigkeit des Schreibers sein, der versucht, Gedankenarmut durch ein phantastisches Gerüst zu kompensieren. Dieser Offene Brief ist geschrieben worden aus einer inneren Notwehr des Verfassers gegenüber Vorgängen und Zuständen, die durch die Nachrichten täglich (wieder) ins Bewußtsein dringen. Es war keine bestimmte Seitenzahl geplant, nur kurz sollte der offene werden. Aber welches der dringenden gesellschaftlichen Probleme soll man aufgreifen. Man fängt an und es entwickelt sich eine Eigendynamik des

Schreibens. Wenn die Gedanken sich beim Schreiben ordnen, ist eine Gliederung überflüssig. Ich habe nachträglich dem Text ein Gliederung unterlegt. Mit dem ersten Versuch war ich nicht zufrieden, weil die einzelnen Hauptgliederungspunkte ungleichmäßig gefächert waren . Ich wollte dann die Absätze einfach von 1 bis x durchnumerieren, fand dann aber bei der Ausführung, daß es nützlich sein könnte, thematisch zusammenhängende Absätze durch Unterziffern kenntlich zu machen. Zufrieden bin ich damit auch nicht. Für eine Orientierung in einer möglichen Diskussion reichen die Ziffern und Zwischenüberschriften aber aus.

Weil unser Gedächtnis jeweils so gestaltet ist, daß wir damit leben können, ist ein vorsichtiger Umgang mit unseren Erinnerungen, die in den „Ordner“ und „Dateien“ Gedächtnis unserer „Festplatte“ Gehirn gespeichert sind, ratsam. Über das Thema *Wie entsteht Vergangenheit, was ist Erinnerung* hat im hannoverschen Leibnizhaus eine Expertenrunde getagt. Für die HAZ (25. 9. 99) hat Karl-Ludwig Baader ein Gespräch mit Aleida und Jan Assmann geführt. Jan Assmann sagt: „Erinnerungen, das wissen wir aus den Neurowissenschaften, sind immer selektiv. Und dennoch können wir nicht willkürlich über die Vergangenheit herrschen.“ Jan und Aleida Assmann unterscheiden drei Stufen des Gedächtnisses, das individuelle, das sich im Familienverband aufbaut und nicht verallgemeinerbar ist, das kollektive Gedächtnis, das sich aus Gruppenbindungen und –erfahrungen aufbaut und das kulturelle Gedächtnis, das sich über die Medien stabilisiert. Interessant ist der Hinweis, daß wir nach der Vereinigung von DDR und BRD in einer Gesellschaft mit zwei Arten der Vergangenheit und damit auch unterschiedlich geprägten Gedächtnissen leben. Wichtig scheint mir auch die Antwort von Jan Assmann auf die Frage, ob die im kollektiven Gedächtnis bewahrten Erinnerungen politisch instrumentalisiert werden können. „Sehr leicht. Es handelt sich dabei oft um ein Opfergedächtnis, man erinnert sich nur an das Leid, das die eigene Gruppe erfahren hat, wie wir es gerade wieder auf dem Balkan gesehen haben.“

Ein Text, wenn er erst gedruckt ist, ist eine tote Sache, bis LeserInnen kommen und die „eingefrorenen“ Gedanken durch gestaltendes Lesen wieder zum Leben erwecken. Das Lesen selbst ist ein kreativer Vorgang, den ein Autor nicht oder fast nicht beeinflussen kann. Da es nicht nur eine Art des Lesens gibt, kann es auch nicht nur eine Art des Schreibens geben. Auch auf die Fragen, ob kurze Texte oder lange Texte, einfache kurze Sätze oder lange Schachtelsätze eine Botschaft besser rüber bringen können meines Erachtens nicht eindeutig beantwortet werden.

Nun zu der Frage, ob ein Autor in seinem Text persönlich erkennbar sein sollte oder nicht. Das ist keine Frage der Wissenschaftlichkeit, sondern eine Gestaltungs- oder Geschmacksfrage. Schreibt ein Professor z.B. in der Wirform, so kann er damit ausdrücken, daß die Mehrheit der Mitgliedern seines Instituts oder einer Wissenschaftlergruppe hinter der Aussage steht. Es kann aber auch sein, daß er seinem *Ich* mit seinem Titel und der Wir-Form eine höhere Autorität verschaffen will. In jedem Fall ist es so, daß ein Autor sich nicht von seinem Ich trennen kann, egal ob er es über- oder unterbewertet. . Das *Ich* mit seinen positiven und negativen Eigenschaften kommt in jedem Text zu tragen, entweder in offener oder versteckter Form.

Auch wenn AutorInnen von der Wertfreiheit - das heißt von der Lehre, daß aus dem Erkenntnisprozeß Wertungen heraus zu halten sind - überzeugt sind, wirkt bei der Auswahl des Untersuchungsgegenstandes und bei der Bewertung der Ergebnisse jeweils das subjektive, das vorgeprägte *Ich* mit.

Ich selber will ja mit diesem Offenen Brief eine Botschaft vermitteln und nicht die Ablage eines Ministerpräsidentenbüros oder anderer Zeitgenossen bereichern. Da nach meiner Einschätzung jene Texte am ehesten gelesen werden, in denen der Schreiber - mit oder ohne seine Eitelkeit -, die Adressaten oder die in den Geschichten handelnden Personen Konturen haben, habe ich hier eine Form der Darstellung gewählt, in der ich als Schreiber sichtbar bin und wenigstens ein Adressat benannt ist. Ich greife - wo es mir sinnvoll erscheint - auf eigene Lebensdaten, auf eigene Erfahrungen zurück. Der wertvollste Schatz des Menschen sind seine Erinnerungen. Was nützt ein Schatz, von dem man keinen Gebrauch macht oder machen darf? Ob man seinen Schatz klug genutzt hat, weiß oder erfährt man erst später. Das andere Menschen mehr Erfahrungen, tiefere Einsichten haben oder haben könnten und evtl. wesentlichere Begegnungen hatten, daran muß man sich nicht stören. Jeder Mensch, der sich äußert, ist nur einer von vielen, die etwas zu sagen haben. Liebe, Achtung , Wahrnehmung und auch das Wichtignehmen haben immer zwei Richtungen, nach innen und nach außen. Auf das Gleichgewicht kommt es an.

1975 habe ich für eine „Dichterlesung“ getextet [1]:

- **Sprache ist eine absolute Mangelware in Situationen, *in denen menschliche Beziehungen verdursten, weil die Worte***

1 Siehe auch: „Lyrik auf dem Wasser“ HAZ v.9.6.75 und „Weit schallt das Wort übers Wasser“, Neue Hannoversche 13.6.75)

fehlen.

- **Ein Paradoxon unserer Tage ist, daß wir zuviel und zuwenig sprechen und schreiben.**
- **Es gibt nicht nur eine Inflation des Geldes.**
- **Sprache ist ein Transportmittel von Gefühlen und Wahrnehmungen, *wehrt Euch gegen den Monopolanspruch der Wortgelehrten.***
- **$\bar{x}$Es gibt eine Sorte Sozialisten und sonstigen –isten, die vergessen sofort den Begriff *Solidarität, wenn der Genosse seinen Beitrag zum –ismus in regelwidriger Sprache bringt.***

Denk-Zettel zur Energiepolitik

Erstellt im September 1977

für den Landesfachausschuß Wirtschaft der niedersächsischen F.D.P.

von

Tristan Abromeit

1 Die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen nicht in einem Mangel an Energie oder in einer zu teuren Energie.

2 Die Ursache für die Unterbeschäftigung der westlichen Volkswirtschaften ist die mangelnde Rentabilität des Kapitals (Kapitalismuskrise).

3 Die mangelnde Rentabilität als wesentlichster Bestandteil der Stagflation verursacht Zirkulationsstörungen des Geldes (Nachfrageausfall).

4 Diese Kapitalismuskrise, die immer wieder nach einer Periode der Vollbeschäftigung bei wachsender Realkapitalbildung eintritt und Marktwirtschaft unmöglich macht, kann mit keinem Energieprogramm behoben werden.

5 Arbeitslosigkeit kann durch Wirtschaftswachstum nur dann behoben werden, wenn alle Einkommen als Nachfrage wirksam werden.

6 Wenn aber die Nachfrage im Volumen dem Einkommen gleicht, dann haben wir auch ohne Wachstum Vollbeschäftigung.

7 Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen Grund für Atomenergie- und Rüstungsprogramme zur Erreichung der Vollbeschäftigung, wenn für eine ständige Zirkulation des Geldes gesorgt wird.

8 Prinzipiell ist auch eine Vollbeschäftigung bei Kerzenlicht möglich.

9 Der Ökonom hat den Wirtschaftspolitikern solche Art Konjunkturinstrumente anzubieten, die im Gegensatz zu der Atomenergie und den Rüstungsverkäufen ein Minimum an Risiko in sich tragen.

10 Die Gesellschaft muß ohne ökonomischen Druck zwischen Null-, qualitativem und quantitativem Wachstum entscheiden können.

11 Bei allgemein niedriger Rentabilität des Kapitals sucht Kapital nur dann in der Atomenergieerzeugung eine Anlage, wenn durch Subventionen hier die Rendite überdurchschnittlich ist. Es ist also (auch hier) zu fragen: Wer wird durch staatliche Programme in diesem Sektor bereichert und wer wird entreichert?

12 In der marktwirtschaftlichen Ordnung haben staatliche Wirtschaftsförderungsprogramme nur dann einen Sinn, wenn sie die Marktkräfte, d.h. den Wettbewerb entfalten, was von der Mehrzahl der Programme nicht gesagt werden kann.

13 Ein liberales Energieprogramm müßte also erst einmal einen Energiemarkt ermöglichen. Das bedeutet eine Umkehrung der Konzentration der Energiehersteller und Verteiler. Stadtwerke müßten gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeiten von verschiedenen Stromerzeugern Strom abnehmen können. Windkraftwerke z.b. müßten ohne große Schwierigkei-

ten auf vertraglicher Basis Strom in die Verteilernetze geben können.

14 Preise habe in der Marktwirtschaft eine zentrale Lenkungsfunktion. Eine illiberale zentrale staatliche Lenkung kann auch eingeführt werden, wenn (Strom-)Preise staatlich festgesetzt werden. Das gilt auch für Eingriffe in die betriebswirtschaftlich begründete differenzierte Gestaltung der Abnehmerpreise (Kartellabsprachen oder Preisdiktate ausgenommen).

15 Es ist unlogisch, die Volkswirtschaft der BRD von den erpresserischen (?) Preisen der Ölförderländer dadurch unabhängig machen zu wollen, indem man sich den Uranlieferanten (Oligopolisten) ausliefert. Die Geschichte mit den Petroleumlampen aus Omas Zeiten, die verchenkt wurden, um die Menschen durch Energieumstellung von den Petroleumlieferanten abhängig zu machen, sollte noch nicht vergessen sein.

16 Eine Volkswirtschaft wird nur dann energierohstoffunabhängig, wenn sie Energien erschließt, die ihr auf dem eigenen Territorium in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

17 Da Rohstoffe wie Erdöl, Kohle, Erdgas und Uran in den einzelnen Volkwirtschaften unterschiedlich stark (in manchen gar nicht) vorkommen, sind sie auch eine der bedeutendsten Ursachen für die internationalen Spannungen (was auch von den anderen Rohstoffen gesagt werden kann). Es ist eine Illusion zu glauben, diese Spannungen in der Zukunft durch pathetische Worte oder durch militärische Stärke neutralisieren zu können.

18 Wenn wir unkontrollierte Entladungen vermeiden und den internationalen chancengleichen Wettbewerb ermöglichen wollen, dann kommen wir nicht umhin, den Förderzins für Öl, Gas, Uran und andere Rohstoffe nach Abzug nationaler Kosten zu internationalisieren, d.h. Erdöl, Kohle etc. gehört nicht nur den Arabern, Amerikanern, Deutschen usw. sondern allen Menschen. Hier ist eine der wenigen Fälle, wo es eine ökonomisch gerechtfertigte Einkommens-Umverteilung geben könnte. Die EWG, die freie Welt, die ganze Welt hätten hier eine Möglichkeit für einen sinnvollen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern.

(Abschrift, April 1996 TA)

> Bürgerwille und Parteienherrschaft <

für eine demokratische Aneignung von Politik

Tagung der Evangelischen Akademie Loccum

im März 1987

Die Lücke im Tagungsprogramm

von Tristan Abromeit

mit

Thesen zur grünen Bildungspolitik

Abschrift vom 1. 4. 1996 aus:

a) Loccumer Protokolle 8 / '87

Herausgeber: Jörg Calließ

b) Info zum Nieders. Bildungskongreß der Grünen

vom Februar 1984 in Göttingen

Die Lücke im Tagungsprogramm

Teilnehmerbeitrag

von

Tristan Abromeit

in der Tagung der Ev. Akademie Loccum

zum Thema

Bürgerwille und Parteienherrschaft

vom 27. Bis 29. März 1987

Sehr geehrte
Tagungsteilnehmerinnen
und Tagungsteilnehmer,
sehr geehrte Referentinnen und Referenten,
sehr geehrter Herr Dr. Calließ als Tagungsleiter!

Es gibt viele Motive, eine Akademietagung zu besuchen. Mein Motiv ist, für meine und meiner Kinder Freiheit zu arbeiten und für unsere Demokratie, die aus meiner Sicht bedroht ist, zu wirken.

Da ich meine Aussagen nicht kleinmütig und zaghaft formulieren werde, versichere ich gleich zu Beginn, daß es mir nicht darum geht, irgend jemandes Ehre zu verletzen. Ich bin auch davon überzeugt, daß viele Fehlentwicklungen ihren Ursprung in einem guten Wollen haben. Das, was ich zu sagen habe, ist nicht in ein paar Diskussionsbeiträgen - die sich zudem noch auf das vorher Gesagte beziehen sollen - unterzubringen. Daher lege ich Ihnen diese schriftliche Ausarbeitung vor.[2]

Es ist mein demokratisches Selbstverständnis, daß die Veranstalter von Akademietagungen autonom den Inhalt und die Form der Tagungen bestimmen. Es sollte jedenfalls so sein. Die Wirklichkeit ist häufig so - aufgrund der finanziellen Abhängigkeiten der Erwachsenenbildungsinstitutionen von den Staatskassen -, daß die Parteien Einfluß auf die Inhalte zu nehmen versuchen. Wir nehmen also an einer Tagung teil über das Thema Parteienherrschaft unter möglicher Einflußnahme von Parteienherrschaft. Diese Form der Parteienherrschaft findet meistens in subtiler Art statt. Sie dokumentiert sich in der häufig gehörten Forderung nach der politischen Ausgewogenheit einer Veranstaltung.

Ich empfinde es nun aber nicht als Lücke im Programm, daß nicht über die Herrschaft der Parteien über die Erwachsenenbildung gesprochen werden soll. Diese Anmerkungen sollen nur bewußt machen, daß Parteienherrschaft nicht etwas Abstraktes, Fernes, sondern etwas konkret Anwesendes ist. Die Lücke, die ich meine, müßte im Programm unter Ziffer 6 etwa lauten:

DIE ÜBERWINDUNG DER PARTEIENHERRSCHAFT durch >Weniger Staat< (Buchtitel von Prof. Leopold Kohr, Eccon, 1965) ***oder durch den >..Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft<*** (Denkschrift an die zu Weimar versammelten Nationalräte von Silvio Gesell, 1919, Freiwirtschaftliche Bibliothek, Steenkamp 7, 2930 <neu 26316> Varel)

Gehen wir die angekündigten Themen der Hauptreferate durch und fragen, ob der Bürgerwille (sowohl als Wille von Kollektiven wie von Individuen mit den angeführten Instrumenten zur Geltung verholfen werden kann.

1. <u>Innerparteiliche Demokratie</u>

2 Die in der Nacht nach dem ersten Tagungstag entstanden ist. Anmerkung vom 1. 4. 96. T.A.

Die innerparteiliche Demokratie ändert schon deshalb nichts an dem Problem, weil sie eine innere Angelegenheit von kleinen Minderheiten, den politischen Parteien ist. Ihr Wille, die Mehrheit mittels des Staatsapparates zu beherrschen, wird dadurch nicht gebrochen.
Die Innenverhältnisse der Parteien lassen sich sicher theoretisch verbessern. Den Glauben an praktische Erfolge habe ich durch langjährige Mitgliedschaft in der Freien Demokratischen Partei und den GRÜNEN und Beobachtung der anderen Parteien verloren.

Die Gründerzeit der GRÜNEN war geprägt, von der Hoffnung, eine überschaubare, durchschaubare, kooperative, tolerante Partei zu gründen, in der sich ein Mensch wohlfühlen kann. DIE GRÜNEN sind aber de facto genauso wie die anderen Parteien geworden: Ein Grab für Idealismus und ein Tummelplatz für Machtgeilheit! Das Instrument der Mehrheitsabstimmung wird entgegen dem Gründungsgeist rücksichtslos zur Unterdrückung Andersdenkender eingesetzt, als hätte schon jemals durch Mehrheitsbeschluß die „Wahrheit“ das Licht der Welt erblickt.
Im Höhenflug der Gründungszeit ist eine Passage in der Satzung ((§5 (3) 3)) aufgenommen worden, die die programmatische Unterdrückung von Minderheiten verhüten und damit das Zusammenwirken der Mitglieder unterschiedlicher geistiger und politischer Herkunft ermöglichen sollte. In etwa zur gleichen Zeit, als Grüne sich für ein Bundesabstimmungsgesetz zum Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes stark machten, wurde ein Antrag in der Bundesversammlung der GRÜNEN in Hagen (22./23. 6. 1985) auf Beschluß von Ausführungsbestimmungen für das satzungsmäßig vorgesehene Minderheiten-Programm abgeschmettert mit dem Hinweis, diese Bestimmung sei überflüssig geworden. Die machtorientierten Strategen gingen wohl davon aus, daß der Zufluß an Stimmen und Mitgliedern wohl nicht mehr zu stoppen sei und der Einfluß des Marxismus nicht durch libertäre Elemente gefährdet werden dürfte. Die Methode des rausgruhlens hatte sich ja auch schon bewährt. Diese Mitglieder der GRÜNEN sind aber zu feige oder zu "klug", um eine entsprechende Streichung der Satzung vorzunehmen. Jedes Mal, wenn ihre Machtbasis durch so entstandene innere Spannungen auseinander zu bröckeln droht, beschwören sie heuchlerisch das Gründungsmotto der > Vielfalt in der Einheit <.

Die konsequente innerparteiliche Demokratie bleibt aber schon aufgrund der Allzuständigkeit der Parteien eine Illusion, denn diese erfordert eigentlich, daß alle Mitglieder hauptberuflich für ihre Partei tätig sein müßten, um die selbstgesetzen Aufgaben (die eine Selbstüber-

schätzung verraten) bzgl. der Quantität zu bewältigen und die gleiche Teilhabe am Willensbildungsprozeß realisieren zu können. Tatsächlich dürfte aber nicht mehr als 10% der Mitglieder ständig für ihre jeweilige Partei aktiv sein. Aber die Kompetenz und der mögliche oder gewollte zeitliche Einsatz dieser Minderheiten der Parteimitglieder (deren Gesamtheiten ja nur ganz kleine Minderheiten der Wähler darstellen) ist auch noch sehr unterschiedlich.

2. <u>Auswahlverfahren für Funktions und Mandatsträger der Parteien</u>

Die Auswahlverfahren für die Funktionsträger der Parteien gehört von der Systematik hergesehen zum Thema innerparteiliche Demokratie. Die Freien Demokraten hatten in den Zeiten, als die Punkte hinter ihren Initialen gesetzt wurden, vor, die Wahlbürger an der Auswahl der Parlamentskandidaten zu beteiligen. Für das Scheitern dieses Vorhabens würde ich nicht nur die Lauheit dieser Partei verantwortlich machen. Es gibt auch erhebliche Verfahrensschwierigkeiten, wenn eine solche Stimmbürgerbeteiligung auf Parteiebene vonstatten gehen soll.
Vielleicht werden uns ja noch im betreffenden Referat Möglichkeiten aufgezeigt. Wichtiger wäre aber eine Antwort auf die Frage: Wie bekommen wir parteiunabhängige Bürger an den Parteien vorbei in die Parlamente? Auch wäre es doch sinnvoll, hier und anderswo zu prüfen, welche Alternativen für die heutige Selektion und Wahl unserer Mandatsträger es gibt. Mir liegt das Buch > Die Staatslehre Artur Mahrauns - Sicherung des Friedens in Freiheit durch direkte Demokratie < (Verlag Wolfgang Lohmüller, München) vor. Hier wird ein ganz anderes Auswahlverfahren der Volksvertreter beschrieben.

Aber mir ist klar, daß durch eine andere Selektion der Volksvertreter die Erstickung der politischen Freiheit - die sich ja als Gestaltungsfreiheit offenbaren muß, wenn sie einen Wert haben soll - nur dann gestoppt und umgekehrt werden kann, wenn dadurch auch neue Inhalte in unsere Parlamente kommen. Dies kann nur dann geschehen, wenn eine gründliche Debatte mit dem Ergebnis einer Neuorientierung über die Ordnung, in der wir leben wollen, geführt wird. Die logische Reihenfolge ist aber wohl: Erst die ordnungspolitische Neuorientierung und dann ein neues Auswahlverfahren.

3. <u>Petitionsrecht (Artikel 17 des Grundgesetzes) und Ombudsman</u>

Das Petitionsrecht und auch der Ombudsman (Bürgeranwältin -anwalt) - das bzw. der in diesem Zusammenhang diskutiert werden müßte - sind sicher ausbaubare Instrumente, die in einer Vielzahl von Einzelfällen segensreich wirken können. Nur an der wuchernden Herr-

schaft der Parteien und Bürokratien ändern sie nicht viel.

4. <u>Plebiszitäre Öffnung</u>

Artikel 20 (2) GG: "**Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt**."

Ich hoffe, daß wir neben dem offiziellen Referat zum Thema noch eine Vertreterin der "Aktion Volksentscheid“ (Tel. 08380-500) hören werden. Denn diese könnte nicht nur über die theoretische Ausformung dieses Instrumentes berichten, sondern auch über die praktischen Schwierigkeiten, die sich beim Versuch auftun, den grundgesetzlichen Anspruch durchzusetzen.

Ich selber bin dafür, daß dem Volke - und das sind auch wir - das im Grundgesetz vorgesehene Abstimmungsrecht nicht länger vorenthalten wird. Ein Ausführungsgesetz müßte aber eine ausgeprägte Informationspflicht über den Gegenstand der Volksabstimmung enthalten. Ich halte die Hinweise auf mögliche Mißbräuche vorwiegend für eine Abwehrstrategie der Parteien, die um ihr grundgesetzwidriges Machtkarteìl fürchten. Die Volksabstimmung kann nur dann als Schleuse für ein totalitäres Regime mißbraucht werden, wenn die politische Mitte ihre Mittelmäßigkeit nicht überwindet und die Kraft nicht aufbringt, die Republik so zu gestalten, daß gar kein Wunsch aufkommt, sich von einem Diktator, welcher coleur auch immer, retten zu lassen. Die Demokratie kann sich durch die Verweigerung des Abstimmungsrechtes (und durch die 5%-Klausel) nicht schützen. Der einzige Schutz vor ihrem erneuten Untergang ist, daß wir unsere heilige Kuh >Der Kompromiß< schlachten und unsere selbstproduzierten politischen Probleme lösen.

Durch ein Plebiszit kann dem Volk die wirkliche Gestaltungsfreiheit verliehen werden. Durch ein Plebiszit kann über Krieg und Frieden entschieden werden. Das Plebiszit dürfte aber ungeeignet sein, die tausend Dinge des gesellschaftlichen Alltags zu regeln, die es zu regeln gibt. Und auch eine Annäherung an die Selbstbestimmung der Individuen dürfte vom Volke als Ganzes genausowenig gefördert werden wie von seinen gewählten Repräsentanten, den Parlamentariern, wenn nicht vorher die Wege, die dahin führen, im öffentlichen Bewußsein vorhanden sind.[3]

3 Bei der Niederschrift 1987 habe ich wohl in der Hauptsache an den Bundestag gedacht. Ich füge heute (1996) hinzu: Je kleiner die politische Einheit, so kleiner kann der Gegenstand eines Plebiszits sein, die Summe der Volksentscheide von allen staatlichen Gliederungsebenen könnte schon „tausende“ erreichen. Und ich dämpfe etwas die Hoffnungen, die mit einer größeren Einflußnahme der Wähler auf die Politik verknüpft werden: Der Volksentscheid ist ein geeignetes Instrument, um einen genügend großen Wettbewerbsdruck auf die Parlamente auszuüben, er kann aber nicht ohne vorherige inhaltliche Verständigung über die

5. Bürgerwille und Bürgerprotest

Der Bürgerprotest drückt den Bürgerwillen aus, sich nicht einfach alles oder bestimmtes klaglos gefallen zu lassen. Die Presse berichtet in diesen Tagen von dem Sieg der Bundschuh-Mitglieder, die sich nach zehnjährigem Kampf (vorerst) gegen den Bau der Teststrecke durch Daimler-Benz vor dem Bundesverfassungsgericht durchgesetzt haben. Der Bürgerprotest ist aber nicht immer einheitlich in einer Richtung zielend. Im oben geschilderten Fall haben auch Bürger für den Bau der Teststrecke demonstriert, weil sie dadurch ihr Erwerbslosigkeitsproblem - ein Problem, das nicht der liebe Gott geschaffen hat - zu lösen hofften.

Seinem Charakter nach ist der Bürgerprotest eine Notbremse und ein Indikator für Mißstände. Es ist eine bequeme Art und dumm dazu, daß jene, die politischen Mist produzieren, jene ins politische Abseits schieben wollen, die feststellen, daß der Mist stinkt. Nur, wenn das Instrument Bürgerprotest so häufig gebraucht wird (gebraucht werden muß mangels anderer Einwirkungsmöglichkeiten), dann verliert es an Wirkung.

Wir müssen die Gesellschaft eben so gestalten, daß der Protest eine seltene Ausnahme bleiben kann. Und damit komme ich zu der Lücke.

6. Die Überwindung der Parteienherrschaft durch Reduzierung staatlicher Tätigkeit

Zur Einstimmung zitiere ich Prof. Dr. Wolfgang Zeitler, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, aus seiner Ansprache vom 12. Januar 1987 vor der IHK Mittlerer Oberrhein über das Thema "Der Unternehmer im Wandel der Rechts- und Sozialordnung":

"Die Gesetzgebung und Verwaltungspraxis ist voll von Beispielen, in denen versucht wurde, Besitzstände zu pflegen, Privilegien zu erhalten und Zunft- und Kastenstrukturen zu bewahren. Eine solche Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik ist ungerecht gegenüber der nachrükkenden Generation, da sie ihr die gleichberechtigte Chance zum Erfolg vorenthält, und sie ist schädlich und unsozial gegenüber der Allgemeinheit, da sie im Interesse einiger weniger die wirtschaftliche Gesamtleistung mindert, Ressourcen fehlleitet und mögliche Kapazitäten unausgenutzt läßt. In nunmehr über 35 Jahren seiner Rechtsprechung hat sich das Bundesverfassungsgericht, ..., darum bemüht, die Freiheitlichkeit und Offenheit unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gegenüber einem an einseitigen Interessen orientierten Strukturkonservatismus durchzusetzen, oftmals gerade auch gegenüber dem Willen von Parlamentsmehrhei-

---

Ursachen des krebsartigen Wucherns des Staates dem Willen des einzelnen Bürgers zu seinem Recht verhelfen. So wie die Parlamente sich in ihrer Gesetzgebungsarbeit verfranzt haben, weil sie orientierungslos sind, so wird auch eine Volksgesetzgebung in die Irre gehen, wenn nicht vorher eine Standortbestimmung und ein Konsens über die Gesellschaft, wie wir sie haben möchten, erarbeitet wird.

ten und Regierungen, die ihrerseits unter dem mächtigen Druck von einflußreichen Lobbies und Interessenverbänden standen."

Die Schlagzeile **Das Steuer muß scharf herumgerissen werden** der HAZ vom 14.1.1987 ist ein Satz aus einer Rede des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow. Gorbatschow und seine Leute scheinen wenigstens eine Vorstellung davon zu haben, in welcher Richtung sich ihre Gesellschaft entwickeln muß. Sie wissen aus eigener Erfahrung, daß der Weg in den Zentralismus mit Unterwerfung und Tod verbunden ist. Die negativen Erfahrungen mit dem bisher gegangenen Weg scheinen ihnen auch die Kraft zu geben, neue zu suchen und zu gehen. Wenn hier bei uns in der Bundesrepublik der Bundeskanzler Kohl von der Wende spricht, dann hört sich das an, als rede er von einer Rolle rückwärts, zu der er und seine CDU keine Kraft haben. Die FDP ist voll damit ausgelastet, ihre Zielgröße "Verhinderung absoluter Mehrheiten“ zu konservieren und ihren Anteil an der Parteienherrschaft zu sichern. Die SPD, der überall Orientierungslosigkeit nachgesagt wird, hätte aufgrund dieser Tatsache am ehesten die Chance, neue Wege zu suchen und zu gehen, wenn nicht in den Köpfen ihrer Mitglieder eingeätzt wäre, daß soziale Sicherheit nur im Bannkreis des Groß-Vaters Staates zu haben sei. Die SPD wollte sicher Emanzipation der Bürger, doch ist sie jene Partei, die am meisten dazu beigetragen hat, daß der einzelne Mensch dem Institutionsabsolutismus unterworfen wurde. (Ein Begriff, der meines Wissens von dem Staatswissenschaftler, Prof. Erich Reigrotzki geprägt wurde.)

Seit Walter Eucken (>Grundsätze der Wirtschaftspolitik<, rororo 81) wissen wir klarer, daß sich eine Gesellschaft nur in zweierlei Weise organisieren kann, zentral oder dezentral. Die Instrumente der Koordination sind im ersten Fall der Befehl, die Unterordnung und im zweiten Fall die Einigung, der Vertrag. Da die reinen Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation Ideale sind, die in der Realität nur annäherungsweise erreicht werden können, kommt es sehr darauf an, wohin sich eine Gesellschaft entwickelt. Wenn wir uns die Verkehrswirtschaft (Marktwirtschaft) und Zentralverwaltungswirtschaft (Kommandowirtschaft) jeweils als Pole vorstellen und die vorhandenen Gesellschaften mit ihren jeweiligen Mischformen auf einer Strecke dazwischen angesiedelt, dann können wir sehen, daß wir uns seit der Entstehung der Bundesrepublik eher von der Marktwirtschaft weg als zu ihr hin entwickelt haben. Betrachten wir uns den Bildungsbereich als Teil-Ordnung, so können nur politisch Blinde die Konvergenz (Annäherung) mit den sozialistischen Ländern nicht sehen.

Das, was uns heute aus der UdSSR berichtet wird, besagt nichts anderes, als daß dort in Teilbereichen ein Weg in Richtung Dezentralität ertastet wird. Wir müssen aufpassen, daß es durch unser Beharren, real in die falsche Richtung zu gehen, nicht noch mehr Konvergenzen der beschriebenen Art zu Lasten der Konvergenz mit der Dezentralität, dem Idealtyp Verkehrswirtschaft, gibt. Uns Bundesrepublikanern wird eine Umkehr schwer fallen, weil der eine Hauptteil der manifesten Parteienherrschaft, die CDU, die Entwicklung unserer Gesellschaft in Richtung Marktwirtschaft von Anbeginn behindert hat [4] und unser heutiges Erscheinungsbild unserer Gesellschaft als eine marktwirtschaftliche Ordnung versteht, bzw. deklariert. Dies liegt auch daran, daß sie Unvereinbares gleichzeitig will: Marktwirtschaft mit seinem Leistungswettbewerb und Kapitalismus mit seinem Privileg, arbeitsloses Einkommen zu erzielen. Der andere Hauptteil der manifesten Parteienherrschaft, die SPD, hat sich nie ganz vom Marxismus gelöst und durch eine unselige Ausprägung des Keynesianismus in einen neuen Staatsaktivismus hineinmanöverieren lassen. Dieser Teil der Parteienherrschaft steht sich bei seiner Selbstauflösung durch Reduzierung staatlicher Aktivität ideologisch selbst im Wege. Und das tragische an unserer bundesrepublikanischen Entwicklung ist, daß jene, die sich mit der Restaurierung des Kapitalismus nicht abfinden wollten, die Marktwirtschaft als Befreiungsinstrument nie verstanden und Zuflucht beim Marxismus gesucht haben. Den Marxismus nennt Hermann von Berg "renomierter Wirtschaftswissenschaftler aus der DDR“ in seinem Buch >Marxismus-Leninismus - Das Elend der halb deutschen halb russischen Ideologie< (Bund-Verlag 1986) ein geistiges Gefängnis. Auf Seite 253 schreibt er wörtlich: "Die Praxis zeigt: Der Marxismus ist eine lebensfremde, für die Interessen des Volkes schädliche und feindliche Ideologie.“ Er nennt ihn "Murxismus".

Von Berg hat sich intensiv und ausdauernd mit den Grundlagen der Gesellschaft der DDR, die er verlassen hat, auseinandergesetzt. Wo findet die Auseinandersetzung mit den Grundlagen unserer Gesellschaft in der erforderlichen Tiefe und Breite statt? Das meiste, was dazu gesagt wird, sind Zeugnisse eines ideologischen Stellungskrieges oder oberflächliches Geschwätz. Eine Klärung findet nicht einmal in den Hochschulen statt, schon lange nicht durch die Presse.

Soweit ich in die Materie eingedrungen bin und Urteilssicherheit gefunden habe,[5] kann sich der Bürgerwille, der sich ja gerade dadurch manifestiert, daß fast jeder seine eigene Vorstel-

4 So die sinngemäße Antwort von Ludwig Erhard auf meine entsprechende Frage am 7.10.'72 hier in der Evangelischen Akademie Loccum. So auch nachzulesen in der Titelgeschichte des >Spiegels< vom 9.9.53 .
5 Was ja nicht besagt, daß ich keinen Irrtümern aufsitzen kann.

lung von den idealen Arbeitsbedingen, des optimalen sozialen Sicherungssystemes, des humansten Bildungssystems usw. hat, nur dann gegen die Parteienherrschaft durchsetzen, wenn die Aktivitäten des Staates radikal reduziert werden und die Bürger ihre Belange durch privatrechtliche Zusammenschlüsse und Verträge regeln.

Was dem Staat bleibt und was er zu veranlassen hat:
Da eine dezentrale Ordnung, in der der Bürger sein eigener Herr, die Bürgerin als Frau ökonomisch vom Mann unabhängig ist, nur mit dem Koordinations- und Kooperationsinstrument Marktwirtschaft realisiert werden kann, hat das Volk als Verfassungsgeber und der Bundestag als gesetzgebendes Verfassungsorgan die Rahmenbedingungen für ihr Funktionieren zu schaffen.[6] Dazu gehören neben den ökologischen und wettbewerbsrechtlichen Daten nach der freiwirtschaftlichen Schule, die mir bei der Entwicklung meiner liberalsozialen / libertären Position sehr nützlich war, vor allem ein neues Bodenrecht und eine verbesserte Geldverfassung. Dadurch wird es möglich, eine Dauerbeschäftigung ohne Arbeitslosigkeit zu installieren. Auch löst sich dann ohne weitere Gesetzgebungsakte das Problem der Ausbeutung und Vermögenskonzentration auf. Dieses sind keine Glaubenssätze, sondern durch Prüfung nachvollziehbare Erkenntnisse.

Der Staat hat dann noch die meisten Institutionen vom Arbeitsamt über Sozialversicherungen und Schulen bis hin zu den Zünften (Kammern) aus ihrer öffentlichrechtlichen Trägerschaft zu entlassen, die Zwangsmitgliedschaften aufzuheben und nur noch eine Kontrolle im Sinne des Strafrechtes über die dann in Vielzahl entstehenden privatrechtlichen organisierten, dem Bürgerwillen entsprechenden Institutionen auszuüben.
Wie die Rahmenbedingungen für ein freies Bildungswesen aussehen könnten, ist den von mir formulierten >Thesen zur grünen Bildungspolitik< zu entnehmen, die in dem betreffenden Tagungsprotokoll des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses der GRÜNEN vom 24. - 26. Februar 1984 in Göttingen so ganz aus versehen nicht wiedergegeben wurden.

Ihr T.A.

6 Die Marktwirtschaft ist kein Naturprodukt.

THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK

vorgelegt aus Anlaß des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses

der GRÜNEN vom 24. - 26. Februar 1984 in Göttingen

vom liberal-sozialen Arbeitskreis DRITTER WEG

formuliert

von

Tristan Abromeit

Die Erziehung war ein wichtiges Werk des Staates und

der Staat ein fortdauerndes Werk dieser Erziehung.

Friedrich Schiller

(in: „Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus“

zitiert aus:

„Bürger für die Gesetze“,

von Friedrich Salzmann

1. These

Wenn den Grundrechten Geltung verschafft werden soll, ist die Entwicklung und Realisierung eines dezentralen Bildungssystems ein Auftrag des Grundgesetzes.

Unser jetziges Bildungs- und Schulsystem kann den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) nicht garantieren; die Freiheitsrechte (Art. 2) nicht wahren, die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3) nicht herstellen. Die Freiheit der Lehre (Art. 5) bleibt auf der Strecke, und der Schutz der Familie (Art. 6) wurde zur Entmündigung.

2. These

Art. 7 Abs. 1 des GG besagt: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates." Überall gilt, daß der Kontrolleur nicht gleichzeitig der zu kontrollierende Akteur sein kann. Nur im Bereich des Schulwesens gilt bisher diese Logik nicht.

Aber auch eine auf die Kontrolle reduzierte staatliche Tätigkeit im Bereich des Schulwesens ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie andere Grundrechte nicht einschränkt, d. h. letztlich, daß der Staat weder die Bildungsinhalte noch die Formen der Bildungsvermittlung vorschreiben kann, sondern nur darauf zu achten hat, daß für alle Beteiligten im Bildungsprozeß eine Chancengleichheit besteht und daß allgemeine Gesetze eingehalten werden.

3. These

Ein dezentrales alternatives Bildungssystem ist nur erreichbar, wenn Schüler, Lehrlinge (Auszubildende) und Studenten (stellvertretend die Eltern) als Bildungsnachfrager autonom werden, so wie Lehrer und Schulträger als Bildungsanbieter autonom werden müssen. Letztlich heißt das, daß für die Bildungsnachfrager die Schulpflicht in Gestalt des Schulzwanges aufgehoben werden muß und daß sie ökonomisch in die Lage versetzt werden müssen, ihre Bildungsnachfrage selber (z.B. durch Bildungsguthaben)[7] zu finanzieren. Für alle Bildungsanbie-

7 Das Bildungsguthaben ist eine Finanzierungsart der Bildung:
1. die Personen und nicht Institutionen subventioniert (Stärkung der realen Mitbestimmung der Schüler / Eltern und des Wettbewerbes der Schulen um Schüler);
2. die Eltern / Schülern ein persönliches Bildungsguthabenkonto bei einer staatlichen Verwaltung (z.B. Finanzamt) einräumt;
3. die die anteiligen Personal- und Sachkosten des Bildungsganges voll oder zum Teil durch Eltern / Schüler finanzierbar macht (Die Aufwendungen der Gemeinschaft werden gegenüber dem jetzigen System nicht größer.);
4. die die Finanzierung der Bildung über den Staat zeitlich begrenzt (z.B. bis zur Vollendung des 18. o. 21. Lebensjahres.);
5. die nicht nach der Höhe der Kosten des jeweiligen Bildungsganges differenziert, sondern für

ter folgt daraus, daß sie als Lehrer auf den Beamtenstatus verzichten müssen und als Institution auf eine Finanzierung oder Subventionierung durch den Staat verzichten müssen. Leistung und Gegenleistung wird dann durch privatrechtliche Verträge geregelt. Dafür, daß die Bildungsangebote den Bedürfnissen der Bildungsnachfrager entsprechen, sorgt dann der Wettbewerb.

4. These

Da Bildung auch den Zweck hat, daß die (Aus-)Gebildeten in die Lage versetzt werden, einem Broterwerb nachzugehen, hat ein dezentrales alternatives Bildungssystem auch zur Vor--aussetzung, daß die Zugänge zu den Berufslaufbahnen neu definiert werden. Denn bleiben hier die alten Normen erhalten, können keine noch so guten neuen Bildungsgänge ohne Verfälschung durch den Anpassungsdruck durchgehalten werden.

5. These

Die erfolgreiche individuelle (oder gruppenmäßige) Bildungsplanung setzt einen kontinuierlichen berechenbaren Verlauf in der Wirtschaft voraus. Eine breit angelegte Bildung, die sich nicht auf die notwendigste Wissensvermittlung beschränken will, setzt ein Mindestmaß an ökonomischer Wohlhabenheit voraus. Beide Faktoren sind heute nicht gegeben, können aber mit ökonomischen Erkenntnissen, die seit der Jahrhundertwende vorliegen, bei Wahrung ökologischer Belange erreicht werden.[8]

6. These

Auch wenn eine neue grüne Bildungspolitik nicht bei Null beginnen kann und für die Umsetzung parlamentarische Mehrheiten fehlen, ist es erforderlich die langfristigen Ziele zu beschreiben, weil sonst die Bildungs-Tages-Politik orientierungslos bleibt.

7. These

---

alle Schüler, Lehrlinge und evtl. Studenten in den ersten Semestern pro Kopf z.B. 80 oder 90% der (z.B. 10 teuersten Bildungsgänge) zur Verfügung stellt. Nicht abgerufenes Guthaben wird dann nach Erreichen der Förder-Altersgrenze (z.B. als Existenzgründungsbeitrag) ausgezahlt.

8 Wenn wir nach zusätzlichen Mitteln zur Finanzierung eines freien Kulturlebens suchen, dann brauchen wir uns nicht mit einem Verweis auf den Rüstungsetat zu beschränken. Die Behebung und Vermeidung von Konjunkturkrisen macht ungeheuer viel Mittel frei. Es würden die Kosten der Krisen (Kapitalvernichtung durch Konkurse, Ausfälle bei den Steuern und Sozialversicherungen und die Arbeitslosenunterstützung) gespart, und das Arbeitseinkommen kann zu Lasten des Kapitaleinkommens wesentlich erhöht werden.

Zur Zielerreichung einer neuen emanzipatorischen Bildungslandschaft können Zwischenlösungen angestrebt werden. Wichtig ist, daß Eltern, die ihre Kinder einer privatrechtlich organisierten öffentlichen Schule anvertrauen wollen, finanziell genauso gestellt werden wie Eltern, die ihre Kinder weiterhin auf eine staatlich organisierte Schule schicken wollen.
Der (die) freie Lehrer(in) darf gegenüber dem (der) beamteten Lehrer(in) nicht länger finanziell benachteiligt werden.
Die Städte und Gemeinden sind zu verpflichten - solange keine generell neue Bildungsfinanzierung eingeführt wurde - für die Schüler freier Schulen die gleichen Pro-Kopf-Sachkosten zu übernehmen wie für die Schüler staatlicher Schulen.

Tristan Abromeit

abromeit@t-online.de

AOK-Die kranke Kasse
z.Hd. Herrn
Gerhard Kording
Regionaldirektor
Jahnstraße 5

31655 Stadthagen

Neustadt a. Rbge., den 28. März 1998

Offener Brief

zu den Themen:

- „Notopfer Krankenhaus“
- Von der Verantwortung der KrankenkassenmitarbeiterInnen
- Gegen weitere Entmündigung und Enteignung des Bürgers

Sehr geehrter Herr Kording,

aus der Presse habe ich entnommen, daß die MitarbeiterInnen der Krankenkassen wegen des Einzuges des „Notopfers Krankenhaus“ vielfach beschimpft worden sind. Nun, solange die Menschen sich noch über unsinnige gesetzliche Maßnahmen aufregen können, scheint unsere Gesellschaft für eine Erneuerung noch nicht ganz verloren zu sein. Zeigt man dem steigenden Unmut, der von einer orientierungslosen Politik aller Parteien gefördert wird, aber kein gerechtes und freiheitliches Ziel, dann laufen wir Gefahr, daß irgendein Rattenfänger für das Volk wieder attraktiv wird. Und dieser Rattenfänger kann durchaus aus der Mitte der staatstragenden Parteien kommen. Es kann danach sogar noch formal ein Grundgesetz und ein Bundesverfassungsgericht geben, das aber anders als jetzt Unsinn und Unrecht der Regierenden zu sanktionieren hätte. Außerdem: Solange die Menschen ihrem Ärger noch Ausdruck verleihen können, müssen sie weniger zum Arzt gehen und damit weniger die Krankenkassen beanspruchen.

Das Böse in dieser Welt geschieht selten aus einem bösen Willen, sondern meistens aufgrund von Denkfaulheit, aufgrund individueller Feigheit, die sich hinter dem Mehrheitswillen, der herrschenden Meinung oder hinter der Rücksichtnahme gegenüber den politischen Freunden, der Karriere oder Familie versteckt. Das Böse geschieht durch uns selbst, den geliebten Ehepartner, den netten Nachbarn, der kameradschaftlichen Kollegin, den mehr verfluchten als gelobten ParteifreundInnen. Aber immer waren es die anderen, die das Böse wollten, förderten oder nicht verhinderten. So urteilen wir über die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Aber verhalten wir uns in der großen Zahl heute anders? Für die Nazizeit wird der Befehlsnotstand reklamiert. Und heute werden wir armen geplagten Menschen von den Sachzwängen zu Handlungen gegen unsere bessere Einsicht veranlaßt. Das große Böse wird dadurch vorbereitet, daß die vielen kleinen bösen Fehltritte, von denen das „Notopfer Krankenhaus“ einer ist, hingenommen werden. Hitler ist nicht vom Himmel gefallen. Daß er von Massen von Menschen der damaligen Zeit als eine Art Erlöser empfunden wurde, lag an der Unfähigkeit der damaligen Demokraten, die strukturellen gesellschaftlichen Probleme ohne Ideologie zu betrachten und nüchtern zu lösen. Unsere politische Kaste redet von der Gefahr durch den Extremismus, hat aber nichts dazugelernt. Verbote von politischen Extremgruppen sind in Bezug auf die wahren Gefahrenquellen Pipifax und eine unnötige Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Um dem Aufbau von Feindbildern vorzubeugen: Auch die Mitglieder der politische Kaste,

der politischen Nomenklatura, bestehen nicht aus einer Ansammlung böswilliger Menschen. Das Selektionssystem für die Mitgliedschaft in unseren repräsentativen Staatsorganen ist aber offensichtlich so geartet, daß sich hier eher die machtbewußten Menschen durchsetzen und nicht die problemlösungsorientierten. Unsere politische Kaste besteht nun aber nicht nur aus Regierungs-, Parlaments- und Parteimitgliedern. In ihr verwoben sind eben auch die Institutionen des sozialen Netzes über Parteimitgliedschaft oder Mandate ihrer MitarbeiterInnen und durch die Verbandslobby. In Bezug auf die Sozialpolitik sind die Krankenkassen Täter und Opfer gleichzeitig. Die Beschimpfung durch die Kassenmitglieder erfolgt zu recht. Auch die Sachbearbeiterin, der Sachbearbeiter ist mitverantwortlich für das, was in und durch die Krankenkassen geschieht. Das Aufbegehren gegen verordneten Unverstand ist in der Regel vielleicht nicht karriereförderndd, aber kostet heutzutage bei uns nur selten den Arbeitsplatz, aber nie die Freiheit oder den Kopf.

Als die DDR begann, zusammen zu brechen, riefen die Menschen im Chor „Wir sind das Volk!“ Im Vereinigungsprozeß wurden dann alle Deutschen im Bezug auf die Verfassung von der Bundesregierung bzw. dem Bundestag berichtigt, indem die Mitglieder sagten: Nein, nicht Ihr, die Gesamtheit der BürgerInnen, seid das Volk, sondern wir, die Auserwählten. Auf Länderebene gab es dazu Widerspiegelungen. Dagegen hat es durchaus Protest gegeben. Aber dieser war nicht so deutlich, als daß auch nur ein Mitglied des Bundestages oder eines Landtages aus Protest gegen diesen Verfassungs- und Demokratieverrat sein Mandat niedergelegt hätte. Das Dabeibleiben, um Schlimmeres zu verhüten, hat schon bei der NSDAP nicht geklappt. Die Staatsknete, die auf die Konten der Regierungsmitglieder, der Mandatsträger und Parteifunktionäre fließt, wird offensichtlich höher bewertet als die Moral. Das ist menschlich verständlich, hat aber die Konsequenz, daß man dadurch das Recht zur Verurteilungen von Fehlverhalten vorangegangener Generationen verloren hat.

Den Entmündigungsprozeß der Bürgerschaft hat es ja nicht nur in Verfassungsfragen gegeben, auch gibt es nicht nur die sich fortwährend regenerierende Entmündigung in der Bildung, sondern auch in der Sozialpolitik, im sozialem Netz. Hier ist die Entmündigung, die zudem Ausbeutung, Enteignung und Beherrschung ist, besonders übel, weil sie unter der lügenhaften Etikettierung *sozial* und *solidarisch* „verkauft“ wird. Nach dem bisher Gesagten kann die Berufsgruppe, die in den Institutionen des Sozialversicherungen ihr Brot verdient, nicht einfach sagen: Wir führen nur das aus, wozu uns der Gesetzgeber beauftragt. Was der Gesetzgeber heutzutage bei uns beschließt, ist nicht der in einem chancengleichen politischen Wettbewerb mit offener Diskussion tarierte oder ausbalancierte Wille des Volkes, sondern das Er-

gebnis von Blockaden politischer Kartelle und Desinformation. Noch hat die herrschende Minderheit in der klitzekleinen gesellschaftlichen Minderheit, die in politischen Parteien organisiert ist, es nicht gewagt, in das Grundgesetz zu schreiben. „Die politische Willensbildung betreiben die politischen Parteien. Wer als Willensbildungspartei im Sinne des GG gilt, bestimmen die beiden Parteien, die bei der Wahl am Tage X die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Die Mitglieder der Willensbildungsparteien haben einen Anspruch auf Aufwandsentschädigung , einer Zusatzpension - u.z. unabhängig von der Dauer ihres Mandates und der Qualität ihrer Arbeit - und eine Beschimpfungszulage.“ Da dieses gottlob zum Teil noch Satire ist, haben die Krankenkassen und ihre Mitarbeiter, bitte schön, unabhängig von den Diskussionsverhinderungsparteien und den regierungsabhängigen Parlamenten mit zahnlosen Wachhunden als Opposition für ihre Bereiche Alternativmodelle zu entwickeln und ihren Mitglieder bzw. der Öffentlichkeit vorzustellen. Und wenn es eine wirkliche Mitgliedervertretung bei den Sozialversicherungen geben würde, dann wäre folgender Antrag zur Abstimmung zu bringen : „Die Mitgliederversammlung beschließt, daß demjenigen Geschäftsführer, der nicht wenigstens ein selbstentwickeltes alternatives Vorsorgesystem vorzeigen oder über drei alternative andere Systeme referieren kann, das Gehalt um 50% gekürzt wird. Mitglieder der Selbstverwaltung, die Systemvergleiche oder die Entwicklung neuer Kassensysteme behindern, werden mit Schimpf und Schande aus diesen Gremien entlassen und durch Nachrücker ersetzt.“

Freiheit ohne Verantwortung für das vagabundierende, banditenhafte, wegelagerische Kapital (das ist keine Unternehmerbeschimpfung) und zentralverwaltungswirtschaftliche Ketten für die Arbeitnehmerökonomie. So darf es es nicht weiter gehen. So wird es aber weitergehen, wenn Gerhard Schröder die einzige Alternative zu Helmut Kohl bleibt. Meine „lieben“ Parteifreunde, die Bündnisgrünen, gestern noch Hoffnungsträger, heute schon Teil der Parteienherrschaft, werden ihm dabei helfen, wenn die Mehrheit der Wähler bei der Ansicht bleibt, man müsse eben das kleinere Übel wählen. Auch Politiker haben ein Gespür dafür, daß die Dinge nicht in Ordnung sind, daß unsere Gesellschaft in einer schlechten Verfassung ist. „Der scheidende (nieders. d.V.) Landtagspräsident **Horst Milde** (SPD) plädiert für ein Mehrheitswahlrecht. ...“ und sagt „ Es bestehe die Gefahr, daß Abgeordnete zu reinen Hilfsempfängern ihrer Parteien und Parteitage verkümmern.“ (HAZ 19. 3. 98) Das Mehrheitswahlrecht würde den politischen Wettbewerb noch mehr einschränken als bisher und würde die beklagten Zustände zusätzlich fördern. Die getrennte Direktwahl von Regierung und Parlament mit einem konsequenten Verhältniswahlrecht, das auch parteiunabhängigen Kanditaten eine reelle Chance

gibt, und die ersatzlose Streichung der Parteienfinanzierung würde den Parlamenten zu der ihnen zugedachten Unabhängigkeit und Vorrangigkeit verhelfen. Noch einmal zu den Bündnisgrünen: Es ist richtig, die Umwelt durch Abgasreduzierung zu schonen. Aber bei der willkürlichen Heraufsetzung des Benzinpreises auf DM 5,- muß doch auch nach den Nebenwirkungen gefragt werden. Erstens macht es das Ölkartell begehrlich, zweitens fördert es die Kriminalität (Treibstoffschmuggel) und drittens bestraft es die Menschen im ländlichen Raum - die nicht auf öffentliche Verkehrsmittel ausweichen können - und die Konzentration in den Großstädten.[9] Das Schlimmste aber ist, daß meine machtgeilen politischen Freunde glauben, weiterhin über das Eigentum der Arbeitnehmer beliebig verfügen zu können. Daß der Verkehr und seine Folgeschäden einerseits und die Lohnnebenkosten andererseits - die durch Mehreinnahmen bei der Treibstoffsteuer gesenkt werden sollen - zwei völlig verschiedene Stiefel sind, wurde offensichtlich übersehen.

Die Lohnnebenkosten sind für die Arbeitgeber eine Kostenart, für den Arbeitnehmer aber Lohnbestandteil. Wenn die realen Kosten der sozialen Absicherung in gleicher Höhe bleiben und die Lohnnebenkosten gesenkt werden, bedeutet das, daß die Institutionen der Sozialversicherung einen Teil ihrer Kostendeckung in irgendeiner Form, auf irgend einem Wege vom Hauptlohn der Arbeitnehmer abzwacken müssen. Die Senkung der Lohnnebenkosten wäre eine Lohnsenkung. In der Marktwirtschaft herrscht die Tendenz, die volkswirtschaftliche Lohnquote zu Lasten des Kapitaleinkommens zu steigern. Der Kapitalismus hat das Bestreben, eben diese Lohnquote zu Gunsten des Kapitaleinkommens (des Einkommens des funktionslosen Investors < Keynes >) zu drücken. Hier liegt der eigentliche Konfliktherd. Hier ist die Entscheidung gefordert: Marktwirtschaft oder Kapitalismus. Biblisch gesprochen: Man kann nicht Gott <u>und</u> den Mammon dienen.

Wenn eine Autoversicherung ihren Vertragspartnern, den Versicherungsnehmern, mitteilt, die erhobene Prämie würde das Risiko nicht mehr decken, weil die Kosten der Autowerkstätten stark gestiegen seien, und in Folge dessen eine Erhöhung einfordert und gleichzeitig den Versicherungsnehmern ein vorgezogenes Kündigungsrecht einräumt, dann wird das in der Regel akzeptiert. Wenn aber eine Versicherung auf die Idee käme, eine Sonderprämie von DM 20,- für die Sanierung oder Rationalisierung der Autowerkstätten einzufordern, würde bestimmt

9 Günther Moewes schreibt unter dem Titel „Verleiher und Verlierer“ in der Zeitschrift „Der Architekt 11/97“ u.a.: „Die Geldordnung erzeugt auch Raumordnung, Stadtunordnung. Das Bauvolumen folgt den Gezeiten des Geldes. heute stehen die Städte im Sog der öffentlichen Finanznot, die Landschaften unter dem Überdruck der privaten Überschüsse. Das war im Frühkapitalismus umgekehrt. Spätexponetielle Geldordnung bedeutet: die Landschaften in den Händen der Neureichen, die Städte in den Händen der Neuarmen.“ (S.670) Eine Verteuerung des Autoverkehrs wie von den Bündnisgrünen gefordert, treibt noch mehr Arme in die armen Städte.

ihren Mitarbeitern der Vogel gezeigt.

Aber ein anderes Beispiel, das noch näher an dem Beispiel „Notopfer Krankenhaus“ liegt: In diesen Tagen geht durch die Presse, daß aufgrund der Studentenproteste ein staatliches Investitionsprogramm für die Bibliotheken der Hochschulen aufgelegt wurde. Die Unternehmen sind nun zumindest genau soviel Nutznießer von den Universitäten wie die Arbeitnehmer von den Krankenhäusern. Warum wurde nicht einfach beschlossen. „Die Kammern haben von den Unternehmen je nach Größe ein „Notopfer Hochschulen“ zwischen 100 und 10000 DM einzuziehen.“?

Ein anderes Beispiel für den Schwachsinn der Sozialpolitik: Weil man das Vermögen der Arbeitnehmer der ehemaligen DDR, das im kollektiven Eigentum zwangsweise angelegt war, nach der Vereinigung verschleudert hat, weil ein marodes Sozialversicherungssystem aus Angst vor Veränderungen im Westen der BRD einfach auf die neuen Bundesländer übertragen wurde und weil aufgrund von wirtschaftspolitischer Ignoranz die Arbeitslosigkeit im Osten wesentlich höher ist als erwartet, sind die Krankenkassen in den neuen Bundesländern finanziell notleidend. Bei privaten Unternehmen erwartet man in einer Situation, in der der Vertrieb eines Produktes die Kosten nicht hereinbringt, eine wesentliche Änderung in der Organisation und beim Produkt. Die Politik sagt aber den geknebelten „Unternehmen“ Krankenkassen in den neuen Bundesländern: „Ihr müßt so weiter machen. Die Fehlbeträge klauen wir den Arbeitnehmern im Westen, die sind sowie zu doof, um das zu merken. Die fragen nicht einmal bei ihrer Krankenkasse nach, wie hoch ihr Pro-Kopf-Anteil an diesem Kassen-Einnahmetransfer ist.“ Nun haben wir nach der Wende im heutigen Osten der Republik mehr in Finanznot steckende Unternehmen als im Westen. Habe ich übersehen, daß die West-Unternehmen per Gesetz verpflichtet wurden, einen Teil des Einnahmeausfalls der Ost-Unternehmen auszugleichen?

Der Leser Gerd Spitzl schreibt in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 18. 3. zu einem Leitartikel vom 7. 3. 98 mit dem Titel „Auf Helmut Kohls Titanic““ u.a.: „Die bisherigen Wiedervereinigungskosten belaufen sich auf mehr als eine Billion DM, das meiste davon aus den Sozialkassen bezahlt, und eine Ende ist nicht abzusehen.“ Ist es etwa sozial und mit einem Treuhänderauftrag vereinbar, daß sich die Geschäftsführer der Sozialversicherungskassen einfach als schweigende Erfüllungsgehilfen einer verfehlten Politik bestätigt haben und noch betätigen? Aber bei uns in der Republik ist der Instinkt dafür verloren gegangen, wo Anpassung angemessen und Widerstand notwendig ist, weil alles ein Filz ist. Die Gewaltenteilung ist weitgehend aufgehoben, ebenso die Funktionsteilung zwischen Staat und Wirtschaft.

Die föderale Gliederung auf Staatsebene eine Farce, auf gesellschaftlicher Ebene weitgehend verhindert. Die Parteimitglieder Gebärden sich als Gesetzgeber. Bei den Gewerkschaften kennen die Funktionäre ihre Interessen, aber nicht die ihrer Mitglieder. Die Unternehmen prügeln ihre Mitarbeiter mit hohlen „Unternehmensphilosophien“ und verhindern so die Suche nach einem wahren Wort. Rolf Wernstedt, scheidender niedersächsischer Kultusminister, künftiger Landtagspräsident und Professor sagt kluge Worte: „Man sollte wieder ins Bewußtsein bringen, daß das Parlament die Quelle der Macht ist - und nicht die Regierung“, bietet an der Uni ein Seminar über Legitimationsprobleme demokratischer Systeme an (HAZ 25. 3. 98) und trägt selber dazu bei, daß alles so ist, wie es ist.

Am 14./15. März 98 lautet eine Schlagzeile auf der Titelseite: „Seehofer befürchtet Revolution im Gesundheitswesen“. Wieso? „Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat Anfang März in aller Stille Rechtsgeschichte geschrieben. In einem fast nur in Fachkreisen bekanntgewordenen Urteil hat der EuGH die Europäisierung der deutschen Pflegeversicherung erzwungen. So müssen künftig Geldleistungen auch an EU-Ausländer gezahlt werden, die in Deutschland gearbeitet und Beiträge gezahlt haben, aber inzwischen im Ausland wohnen.“ Horst Seehofer befürchtet nun eine ähnliche Rechtssprechung für die Krankenversicherungen. Daß man in einem Staat mit offenen Grenzen nicht ein Sozialversicherungssystem aufrecht erhalten und weiterentwickeln kann, das für einen geschlossenen Staat konstruiert wurde und auch nur deshalb konstruiert wurde, um das Aufbegehren der Arbeitnehmer zu dämpfen, ist doch so offensichtlich, daß man berechtigt fragen darf: „Haben die Sozialpolitiker noch alle Tassen im Schrank?“ In meinen programmatischen Skizzen für die Grünen habe ich 1980 das Problem der offenen Grenzen schon angedeutet (siehe Anlage). Wir haben in unserer Gesellschaft die Erscheinung, daß wir in einer Flut von bedrucktem Papier und Unterhaltungssendungen fast ertrinken, wir sind aber nicht in der Lage, auch nur ein einziges Problem wirklich gründlich, mit Ausdauer und ideologiefrei zu erörtern. Die Redewendung: „Das muß vom Tisch!“ ist typisch. Die Sache muß gedeckelt bleiben. Wer weiß, was da hoch kommt. Hin und wider produziert sogar eine Untergliederung der FDP einen klugen Gedanken. Daß die Frankfurter FDP einmal die Kommunalisierung des Boden wollte, ist schon Geschichte. Nicht ganz so weit liegt die Forderung des FDP-Kreisverbandes Hannover-Land zurück. „...Die FDP fordert daher, daß die Arztrechnungen künftig zunächst dem Patienten zuzuleiten sind. Eine Kurzbezeichnung der Gebührenpositionen ermöglicht dem Patienten eine Überprüfung der in Rechnung gestellten Leistungen. Die vom Kassenpatienten unterschriebene Rechnung ist dann der Krankenkasse einzureichen.“ Diese Meldung der Leine-Zeitung

vom 14. 1. 1985 fiel mir bei der Suche meines eigenen Textes wieder in die Hände. Heute, am 26. 3. 98 berichten die Zeitungen wieder einmal vom Abrechnungsmißbrauch durch Ärzte. Warum folgt man nicht einem Vorschlag, wie den von des FDP-Kreisverbandes?

Die Krankenkassen kassieren von einem Arbeitnehmer mit Erwerbsarbeit wesentlich höhere Einnahmen als von solchen, die Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe erhalten. Folglich müßten auch die Krankenkassen ein Interesse an Vollbeschäftigung haben. Wenn die Parteien, Parlamente, Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände jeden Tag wiederkäuen, daß z.Zt. keine Vollbeschäftigung zu haben sei oder nur dann, wenn der Arbeitnehmer sich mit der Rolle des widerspruchslosen Almosenempfängers zufrieden gäbe, dann müssen die Kassen sich selbst auf die Suche nach Modellen für Vollbeschäftigung machen und die Störfaktoren benennen, die dem entgegenstehen.[10] Der dominierenden , den Verkehr gefährdenden Wirtschaftspolitik muß sofort der Führerschein entzogen werden. Die Streichung der Wirtschaftspolitik überhaupt ist 10 mal besser als die jetzige, und die nächste Bundestagswahl bietet keine Aussicht auf eine bessere.

Unsere Sozialpolitiker sollten wir allesamt nach China oder Nordkorea exportieren. Das würde dem Bundeshaushalt eine spürbare Entlastung bringen. Ich fürchte nur, man wird sie weder in China noch in Nordkorea willkommen heißen. Der stinkende Geruch ihrer Taten heftet nämlich an ihnen und überlagert noch den Gestank der Unfreiheit in China und Nordkorea.

In den letzten Tagen beklagte ein Arzt in einem Leserbrief die Lage der frei praktizierenden

10 Es dürfte sicher keine Schwierigkeit sein, innerhalb der AOKs oder innerhalb der Krankenkassen allgemein fähige MitarbeiterInnen zu finden, die bereit wären, sich auf die Suche nach Auswegen zu machen. Da in unseren hierarchisch strukturierten Unternehmen immer nur wenige Unternehmensmitarbeiter die Möglichkeit haben, wirklich beruflich aufzusteigen, könnte man diesen Suchauftrag sogar als Kompensation für die motivationsmindernde Verzichtsleistung der Nichtaufsteiger oder als Filter für besondere Fähigkeiten benutzen. Die Teilnahme an überregionalen - zu dem Zweck der Suche einberufenen - Arbeitskonferenzen in Tagungsstätten der Erwachsenenbildung würde sowohl die Gruppenleistung des Findens fördern, wie auch Licht in den grauen Arbeitsalltag der betroffenen MitwirkerInnen bringen. Damit die Arbeitsergebnisse auch im unverfälschten Klartext der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können und nicht erst von den Geschäftsleitungen und den Kassenverbänden gefiltert werden (müssen), ist es wichtig, daß die Arbeitsgruppen im eigenen Namen (mit Minderheitsvoten) ihre Ergebnisse veröffentlichen (können). Es ist kein Einwand gegen ein solches Verfahren, daß dies doch eigentlich eine Aufgabe der Sozialwissenschaften (einschließlich der Ökonomie) und der Wirtschaftspolitik (einschließlich der Parteien und Ministerialbürokratie) sei. Obwohl die Mitglieder dieser Berufsgruppen mehr oder weniger einen Eid abgelegt haben, den Schaden des Volkes zu mindern und den Nutzen zu mehren, betreiben sie das Gegenteil. Ich vermute auch hier weniger Boshaftigkeit, als vielmehr ideologische Befangenheit oder Gefangenschaft in einer herrschenden Lehrmeinung und die Höherbewertung des Karrierestrebens als das Streben nach Wahrheit. Es wäre zweckmäßig drei Arten von Findungsgruppen zu bilden: Typ A bekommen gesagt: Bemüht Euere eigene Intuition und Kreativität und sonst nichts. Typ B bekommen gesagt, durchforstet systematisch die ökonomische Literatur bei Moses angefangen, über Adam Shmith und Karl Marx bis zu den Autoren der Jetztzeit. Der Gruppe Typ C würde ich nur folgende Internet-Adressen geben: http://www.inwo.org ; http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/Welcome.html ; http://home.t.online.de/home/h.-w.werner/fnetzf2.htm .

Ärzte: Viele Praxen stehen praktisch unter Bankenkuratel. Rechnen gehört zum Handwerk der Krankenkassen. Überprüfen sollten sie deshalb, welche Zinskosten für das Eigen- und Fremd-Kapital mit welchen Zinsätzen in die Kostenrechnungen der Krankenhäuser und der Arztpraxen eingehen. (Dabei dürfen nicht die Zinskosten vergessen werden, die in den Preisen für die Vorleistungen stecken.) Hat man sich ein realistisches Bild gemacht, kann man danach die Kalkulationen modellhaft berichtigen, indem rechnerisch die Zinsätze Prozentpunkt um Prozentpunkt abgesenkt werden., bis auf Null. Die Kassen werden so in die Lage versetzt, den Sozial-, Arbeits- und Wirtschaftsministern mitzuteilen, wo die wirklichen Kostenersparnispotentiale liegen. Sollten dann die Minister im Bund und in den Ländern unisono rufen, das geht nicht, das ist unmöglich, so kann ihnen Nachhilfe geboten werden.

Eine Anmerkung zur Vereinigung der vormals selbständigen AOKs: Mitglied der AOK Stadthagen wurde ich, ohne daß ich gefragt wurde. Die AOK Stadthagen war eben zuständig für mich als Arbeiter in der Bootswerft in Steinhude. Die freie Kassenwahl ist inzwischen auch für Arbeiter gegeben. Ein Fortschritt, der nicht übersehen werden sollte. Aber ohne mein Zutun bin ich jetzt Mitglied der „AOK- Die Gesundheitskasse für Niedersachsen“. Nicht ohne Widerstand aus den vormals selbständigen örtlichen oder regionalen AOKs ist durch Zwangsvereinigung, durch einen Verwaltungsakt des Nieders. Sozialministers (SPD) eine Niedersächsische AOK entstanden. Ob das die Politik der SPD ist, die Willy Brandt mit „mehr Demokratie wagen“ umschrieb? Oder ist es nicht mehr die Gutsherren-Art, wo der Gutsherr besser als sein Gesinde weiß, was diesem bekommt? Das Vermögen, das die AOKs repräsentieren, ist aus den Arbeitserträgen ihrer Mitglieder entstanden. Wäre es nicht recht und billig gewesen, den Versicherten dieses Vermögen anteilsmäßig zu übertragen und sie selbst entscheiden zu lassen, wie sie mit ihrer AOK verfahren wollen. Es wäre der Anlaß gewesen, die AOK aus ihrem öffentlich-rechtlichen Status zu entlassen, in den sie in einer Konkurrenzsituation der Krankenkassen nicht mehr gehören.

Wenn ich in der Anschrift die Beifügung „Die Gesundheitskasse“ durch die Beifügung „Die kranke Kasse“ ersetzt habe, dann nicht, um irgend jemanden zu kränken. Ich weiß auch durchaus die Bemühungen um eine Gesundheitsvorsorge durch Aufklärung und Körpertraining zu würdigen. Der Begriff „kranke Kasse“ trifft die Situation der Krankenkasse besser und der Begriff Gesundheitskasse ist eben gegen den lange einheitlichen Begriff von einer (gesetzlichen) Krankenkasse gebildet worden und kann daher nicht einfach durch die Werbung ohne Widerspruch vereinnahmt werden. Aber nur der Glaube, daß das Gute in dieser Welt keine Chance hat, spricht dagegen, daß aus den AOKs einmal wirkliche Gesundheitskas-

sen werden, in denen die Höhe der Beiträge und der Umfang der Leistungen zwischen der Versicherung und ihren Mitgliedern vereinbart werden.

Herr Kording: Ich versichere auch, daß ich keine persönlichen Beschwerden über die AOK-Stadthagen vorzutragen habe. Ich erwarte auch nicht von Ihnen, daß sie bei einer Erwiderung auf jeden Satz von mir eingehen. Ein solcher Brief wie dieser hat die Funktion, eine festgefahrene Diskussion wieder in Bewegung zu bringen. Ich habe deshalb für meine Mitteilungen und Gedanken die Form des Offenen Briefes gewählt. Ich verleihe aber meiner Hoffnung Ausdruck, daß dieser Brief in Kopien in ihrer Filialdirektion wie auch in den anderen und den übergeordneten Verbänden zirkulieren möge.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Diese Wiedergabe ist ohne Anhang und Nachschrift:

Exkurs zum Antifaschismus und Sozialdemokratismus [11]

von

Tristan Abromeit

1 Mit den Kritikern aus den Antifa-Gruppen ist es eine merkwürdige Sache: Wenn man von den Mitgliedern des Antifaschismus der Nachkriegszeit durchaus den Eindruck haben konnte, sie seien aufgrund kommunistischer Ideen und eigener leidvoller Erfahrungen unter dem NS-Regime aufrichtige Kämpfer von Freiheit und Recht, für ein besseres Gesellschaftsmodell, so machen die Mitglieder der heutigen Antifa-Gruppen den Eindruck, daß sie unter einer Art politischer Schizophrenie leiden: Roten Terror und Mord hat es entweder nicht gegeben oder er war geschichtsnotwendig. Der Faschismus (gemeint ist der Nationalsozialismus und alles, was man ihm in irgendeiner Beziehung zuordnen kann) ist nach ihrer Ansicht das einzige Übel in dieser Welt. Und alle, die nicht so denken wie die heutigen Antifa-Gruppen-Mitglieder, sind Förderer von Rechtsradikalismus. Die „Faschismuskeule“ ist ihre beliebte Waffe, um anders Denkende mundtot zu machen, Rosa Luxemburg wird nachträglich der Lüge bezichtigt, denn von ihr stammt bekanntlich die Aussage, daß die Freiheit die Freiheit der anders Denkenden ist. Weder wird zur Kenntnis genommen, daß der rote Terror dem braunen „ebenbürtig“ ist (Schwarzbuch des Kommunismus - Verbrechen, Terrror ,

11 Der Text ist aus aus einer Textsammlung vom Mai 1999 mit dem Titel „Die Deutschen, der Faschismus und Holocaust“. Die Textsammlung ist nur in einigen fotokopierten Exemplaren in den Umlauf gekommen.

Unterdrückung von Stéphane Courtois), noch wird gesehen, daß beide Terrorarten den gleichen Ursprung haben - nämlich einen desolaten sozialökonomischen gesellschaftlichen Zustand - und die gleichen Verführungs- und Unterdrückungsmethoden.

2 Über den früheren kambodschanischen Diktator Pol Pot heißt es zu seinem Tode in der HAZ vom 17. 4. 98: „Der ehemalige ‚Bruder Nr. 1' der roten Khmer wird neben Adolf Hitler, Josef Stalin und Mao Tsetung als Symbol der Grausamkeit in die Geschichte des 20. Jahrhunderts eingehen."

3 Man weiß bei den heutigen Antifaschisten nicht genau, ob sie Überzeugungstäter oder bezahlte Desinformanten sind. Ich selber vermute, daß die Antifa-Akteure, die ich wegen ihrer verletzenden Art gegenüber anders Denkenden wohl manchmal zum Teufel wünsche, aber trotzdem als die Förderer der Freiheit wider Willen ansehe, aus einer Art geistiger Notwehr handeln, also Leidende sind. Da sie in der Regel marxistisch orientiert sind, mit Marx in unserer konkreten politischen Situation aber keinen Blumentopf gewinnen können, benötigen sie Ersatz-Aktionsfelder. Sie befürchten wohl auch , daß andere Denker sich in das öffentliche Bewußtsein einnisten könnten und Marx damit auf Dauer entwertet würde. Wenn es der Antifa aber tatsächlich um Freiheit und Wohlfahrt ginge, dann würden sie intensiv prüfen, wo Marx auch heute noch verwertbare Aussagen macht, wo er sich irrte und ab welchen Wegpunkt der Leitstern Sozialismus in die Irre führte. Aber es scheint so, daß ihnen ein solch konstruktiver Weg der Kritik nicht möglich ist.

4 Aber schlimmer als die Antifa-Leute sind jene Zeitgenossen in der Politik und in den Medien, die einfach zusehen, wie einzelne oder Gruppen von Menschen mit der Antifakeule in das politische Abseits geprügelt werden, sei es weil sie Angst haben, selbst von der Antifakeule getroffen zu werden, oder sei es weil sie die Attacken der Antifa-Leute auf politische Konkurrenten als deren willkommene Lähmung begrüßen. Als Journalist oder Redakteur kann man hier auch durch ungeprüftes Nachplappern oder Nachdruck von Vorwürfen gegenüber Bürgern, daß sie rechtslastig, rechtsradikal, faschistoid oder faschistisch seien, auf billige Art beweisen, daß man sich für die fdG (freiheitlich-demokratische Grundordnung) einsetzt.

5 Ich selbst hatte mehrfach Veranlassung mich mit dem Thema auseinander zu setzen, so zum Beispiel in: *„Rechtstendenzen in der Freiwirtschaft, im Modell die Natürliche Wirtschaftsordnung? - Eine Auseinandersetzung mit den Unterstellungen der westdeutschen Linken und eine Selbstvergewisserung -",* Januar 1995; *„Die Jagd auf „Ökofaschisten", die Faschisten im Kleide der Antifaschisten, die Desinformation unter der Fahne der Aufklärung,*

eine problematische Vermittlung des Dekans und das Versagen der Gesellschaftswissenschaften"; „Haßtiraden und Herabsetzungen Andersdenkender sind keine Aufklärung - Der Untergang des realexistierenden Sozialismus ist kein Sieg des Privat-Kapitalismus. Die Transformation der Niederlage des Marxismus in einen Sieg mittels Jagd auf ‚Ökofaschisten' wird nicht gelingen. Anmerkungen zur Ökonomie und Politik aus Anlaß eines Vortrages von Jutta Ditfurth am 27. Januar in Hannover", 26.1. 1997.

6 Es geht mir bei diesen Betrachtungen nicht darum, daß hier die guten Menschen agieren und dort die Bösen. Das Gute und das Böse trägt jeder Mensch in sich. Es geht hier um falsches und richtiges Denken. Es ist doch nicht so, daß nur die Nationalsozialisten falsch gedacht haben. Es geht mir aber auch um mehr Aufrichtigkeit und die Reduzierung der Verlogenheit in der politischen Argumentation.

7 Meine Auseinandersetzung mit der Linken (zu der ich mich am Beginn meiner politischen Entwicklung selber gezählt habe) ist auch kein Werben zur Schonung der Mitbürger am rechten Rand der Gesellschaft und besonders dann nicht, wenn diese sich als Brandstifter und Totschläger betätigen. Aber für einen besseren Umgang miteinander werbe ich schon. Denn wenn wir in einer Art agieren, die es dem jeweiligen politischen Gegner unmöglich macht seine Fehlhaltung aufzugeben oder sein geistiges Gefängnis zu verlassen, dann erreicht der Agierende das Gegenteil von dem, was er will.

8 Klaus Schmitt, Herausgeber von „Silvio Gesell , „Marx" der Anarchisten, Absolvent der Akademie für Wirtschaft und Politik, der in einer Ausgabe der Zeitschrift 883 beschreibt, wie die 68er-Bewegung anfing, hat zu dem Thema eine Schrift veröffentlicht mit dem Titel:

„Entspannen Sie sich, Frau Ditfurth! Eine Untersuchung über das Faszinosum menschlicher Dummheit und den Versuch, den Faschismus mit faschistischen Methoden zu bekämpfen."

9 Wenn man Silvio Gesell selbst etwas vorwerfen kann, dann bestimmt nicht Rechtslastigkeit sondern eher Fehleinschätzungen bei politischen Handlungsabläufen und politischer Verortung von Gesellschaftsschichten. Wenn Gesell und seine Freunde versuchen, Lenin auf den Weg nach Rußland - wo er eine Revolution machen will - noch gut gemeinte Ratschläge zu geben (nachzulesen in: „Lebensgeschichte eines Pioniers" von Werner Schmid), dann übersah er einfach, daß ein Handelnder in der Rolle des Revolutionärs (oder des Regierungschefs wie Gerhard Schröder) auf Vorhergedachtes zurückgreifen muß. Zeit zum reflektierenden Nachdenken ist dann nicht vorhanden.

10 Auch wenn Gesell seine Hoffnungen auf die SPD und die Arbeiterschaft setzte, hat er

übersehen, daß der hier tief verankerte Strukturkonservatismus (ein Begriff, den ich in die politische Debatte eingeführt habe, als von Eppler (?) der Begriff Wertkonservatismus geprägt wurde) seine liberal-revolutionären Gedanken gar nicht zulassen konnte.

11 Auf einer Postkarte fand ich die Worte von Marie von Ebner-Eschenbach: „Glückliche Sklaven sind die Feinde der Freiheit“ und ich habe vor Jahren dazu notiert: „... unglückliche Sklaven noch mehr, weil sie Angst haben, ihre Lage zu verschlimmern.“

12 In einem anderen Zusammenhang habe ich den Sachverhalt mit folgendem Bild beschrieben: Die Sozialdemokraten von heute sind in ihrer emotionalen Haltung Knechte wie die Sozialdemokraten in ihrer Gründungszeit geblieben. Der Unterschied zu heute besteht darin, daß sie von Zeit zu Zeit sich Ihren Gutsherrn wählen. Dem Gutsherrn wurden Verwalter - Aufsteiger, die sich beim Gerangel um die politische Leiter durchsetzen konnten - zugeordnet. Das Modell Sozialdemokratismus lebt aber nach wie vor der Figur des Gutsherren in der Rolle des fürsorglichen Landesvaters, der seinen Mägden und Knechten das nötige nimmt und gibt. Es ist ein anti-emanzipatorisches Modell, es ist keineswegs auf die SPD beschränkt und in seiner Beschreibung nicht als Herabsetzung von SPD-Mitgliedern gedacht. (Ich würde ja Freunde dadurch kränken.)

14 Der Mut zur Freiheit muß entwickelt werden,, er konnte in der Monarchie, im "Dritten Reich“ und im SED-Staat nicht gedeihen und ist unter der Parteienherrschaft in der BRD ebenfalls ein Kümmerling geblieben. Was sich etabliert hat, ist eine unverbindliche Narrenfreiheit. (Am Hofe war der Narr, das Ventil für die unterdrückte Freiheit.) Unsere heutigen politischen Parteien leben von der Angst der BürgerInnen vor der Freiheit, auch von jener Angst der BürgerInnen vor dem eigenen, vernehmbaren Urteil über die Zumutungen der Politik.

13 Rudolf Bahro sprach in seiner Rede auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Dez. 1984 in Hamburg von der Funktion der SPD und der Gewerkschaften „als institutionelles Gefängnis der Menschen, die sich dem Schutz anvertraut haben, welchen die Organisationsmacht bietet oder zu bieten scheint. Von Gefängnissen müssen die Mauern fallen, statt daß wir sie neu verputzen.“ ... Statt die Gefängnismauern abzutragen, haben die Grünen inzwischen die Gefängnismauer verstärkt.

15 Das gilt so gar innerhalb der SPD. Die Kriegsgegner äußern sicher erst vernehmbar, nachdem der informelle Führer Oskar Lafontaine den Kosovo-Krieg kritisiert hat. (Neue Presse vom 6.5.99)

16 Wenn die „Furcht vor der Freiheit“ von Joachim Gauck und das mangelnde demokratische Bewußtsein von der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes, Jutta Limbach, nur bei den Menschen in den neuen Bundesländern festgestellt wird, dann sind das Fehlschlüsse. (HAZ vom 17. 5. 99) Es herrscht in Bezug auf den Willen zur gestaltenden und haftenden Freiheit und zur Demokratie, die den Namen wirklich verdient, in allen geographischen und politischen Himmelsrichtungen Trostlosigkeit.

Zwischenzeitlich wurde mir eine Buchbesprechung von Bernd Rabehl zu „Der Antifa-Komplex - das korrekte Weltbild“ aus *DIE WELT* vom 17. 4. 99 zugesandt. Der Nachdruck findet sich auf der nächsten Seite. (Übertragen im August 2006, TA)

(Text am 13. 10. 99 neu formatiert)

DIE LITERARISCHE WELT/Politisches Buch
DIE WELT, S. 8, 17. 4. 1999

Mit einem Wisch ist alles weg

Peter Sichrovsky erklärt, was geschieht, wenn man plötzlich als Faschist gilt

VON BERND RABEHL

Peter Sichrovskys Buch hat die atheistische Religion des Antifaschismus einer deutschen Kulturintelligenz zum Gegenstand. Der Autor ist für die Freiheitliche Partei Österreichs(FPÖ) Abgeordneter im Europaparlament. Er kommt aus einem jüdischen Elternhaus und gilt für die Antifa-Linke als der Alibi-Jude des „Neofaschisten" Haider. Bis zu seiner Kandidatur für die FPÖ wurde er als anerkannter Autor gefeiert. Seine Bücher wurden in großen Verlagen verlegt und seine Stücke an vielen Theatern in Deutschland aufgeführt. Mit einem Mal war Schluß. Er hatte eine Tabugrenze überschritten. Die Verlage kündigten ihm die Verträge, keine Bühne spielte seine Schauspiele. Er wurde als Aussätziger behandelt.

Diese Erfahrungen veranlaßten ihn,über den „Antifaschismus" nachzusinnen und seine kultischen und symbolischen Elemente aufzudecken bzw. diese Weltanschauung zu studieren, die primär von Vorurteilen lebte. Der Feind war das Anliegen dieser Weltsicht. Er hatte den Ursprung im Nationalsozialismus, der seine

permanente Auferstehung in Konservatismus,Liberalismus,Sozialdemokratie und neuer Rechten feiern könnte, wären dort nicht die Antifa-Gruppen,die Wacht hielten und seine Wiederkehr verhindern würden.

Der Feind wurde jedoch nicht als „Nationalsozialismus" dämonisiert, sondern als „Faschismus", obwohl der reale italienische Faschismus kaum Anteil hatte an einem „totalen Krieg" oder an der Massenvemichtung der slawischen Völker, Juden, Sinti und Roma und den unterschiedlichen Repräsentanten von Widerstand.Die Umschminkung des Feindes diente der Tatsache, auf keinen Fall an den realen Sozialismus im Osten zu erinnern, der ja zumindest Ähnlichkeiten zur NS-Diktatur aufweisen konnte.

Der „Antifaschismus" sollte Kampfbegriff sein und sollte die un terschiedlichen sozialistischen Strömungen einigen im Blick auf den Feind. Er wirkte als Sinnstiftung, Organ der Mobilisierung und Emotionalisierung und sollte Haß stiften gegen einen Feind. Er war der moderne Teufel und Verführer und er wirkte als Verräter in den eigenen Reihen. Vor allem gegen den inneren Schweinehund, aus der Reihe zu tanzen, anders zu denken, wurde mobil gemacht. Der moderne Antifaschismus war also nicht mehr die Ideologie einer Klasse im Klassenkampf, nicht Programm einer Partei oder eines Weltlagers, sondern die Ersatzreligion einer Kulturintelligenz, die längst der Dekadenz des modernen Kulturbetriebs verfallen war und sich über diesen Glauben immer wieder aus dem Sumpf zog. Der Antifaschismus war deshalb weniger Gesinnung oder moralische Aufrüstung, sondern eher Glauben an die intellektuelle Mission gegenüber den „Massen" und eine Art Schwur und Selbsterziehung. Er verkörperte einen letzten Fundamentalismus, der sich aus den unterschiedlichen Ismen der nachachtundsechziger Periode ergab, die alle gescheitert waren,aber einen Imperativ darstellten, der nun in der antifaschistischen Grundhaltung zusammengefaßt wurde.

Diese Mischung aus Haltung, Moral, Glauben, Feindbestimmung, Kult, Denunziation, Symbol, Religion macht die Beschreibung des Antifaschismus auch für Sichrovsky so schwierig. Er will deutlich machen, daß der historische Antifaschismus gar nicht diese eindeutige Richtung einnahm, die er heute für sich in Anspruch nimmt. Damals war fast alles „faschistisch", was nicht der Linie der Kommunistischen Internationale und der UdSSR entsprach. So gab es einen Sozialfaschismus, Klerikalfaschismus, Pilsudski- oder Franco-Faschismus und auch dem Zionismus oder der US-Macht wurden faschistische Züge nachgesagt. Und als Hitler und Stalin einen Pakt eingingen und dadurch der Zweite Weltkrieg erst möglich wurde, waren auch die westlichen Demokratien faschistisch, während das Dritte Reich in den höchsten Tönen in der „Prawda" gelobt wurde. Die Analyse der Ursprungslegende des Antifaschismus verdeutlicht, daß diese

Ideologie den Zielen sowjetischer Großmachtpolitik folgte und kein Interesse hatte, deutschen Nationalsozialismus und italienischen Faschismus zu bekämpfen.

Nach 1945 diente diese Ideologie der Legende, daß die entstehende neue Macht in Ostdeutschland und später in der DDR das bessere Deutschland vertrat. Gleichzeitig sollte vermieden werden, daß das organisatorische Transformationssystem der SED mit der NSDAP oder die Spitzelei vom MfS mit der Gestapo verglichen wurden. Die Ideologie des Antifaschismus fand,nach Sichrovsky ihre Wiedergeburt nach 1968. Viele der Nazi-Kinder entdeckten in den Eltemgenerationen die Täter der NS-Diktatur, die geglaubt hatten über Schweigen und Verdrängen Ruhe zu finden. Jetzt wurden sie von ihren Kindern in den Zeugenstand gezerrt und abgeurteilt. Dieser Volks- und Kindergerichtshof hatte absurde Konsequenzen. Die Kinder identifizierten sich mit den Opfern. Sie waren der Bürgerschreck, der schnell in die Kluft kommunistischer oder anarchistischer Akteure stieg, die die Väter abgeurteilt oder erschossen hatten. Nicht die jeweils individuelle Tätergeschichte wurde hinterfragt, sondern die Kinder schminkten sich um in neue Menschen, die außerhalb von Tradition und Geschichte standen. Aber in den neuen Projekten einer schönen, neuen Welt oder in den Identifizierungen mit ihren Wunschlandschaften China, Kambodscha, Kuba, DDR, UdSSR waren sie genauso inhuman wie die Eltern. Was kümmerten sie die Verbrechen und Toten dieser Diktaturen? Sie waren doch Opfer, die Gutmenschen,die auf der Seite des besseren Deutschlands standen. Sie verrieten sich allerdings in ihrem heimlichen und offenen Antisemitismus, daß sie die Kinder ihrer Väter waren.

Die Akteure von damals stellten heute die Kulturintelligenz, die Lehrer, Dozenten, Verlagsleiter, Talk-Master, Stückeschreiber und Schönredner. Sie wollten wenigstens ihre Legende retten und so errichteten sie den „antifaschistischen Schutzwall" in Gestalt eines Antifa-Fundamentalismus. Angeblich sollte das Aufkommen eines „neuen Faschismus" im geeinten Deutschland verhindert werden. Real ging es darum, die eigene „Mission" zu bewahren. Die Massen waren dumm. Sie würden sofort Objekt faschistischer Demagogen werden. Die demokratischen Parteien waren korrupt oder unfähig,dem neuen Rechtsradikalismus Einhalt zu gebieten und so fühlte sich die antifaschistische Intelligenz aufgerufen, den täglichen Kleinkrieg gegen Faschismus und Barbarei zu führen. Vor allem Verrat und Kritik in den eigenen Reihen sollten unterbunden werden. Gemeinsamkeit sollte hergestellt werden über moralischen Druck und wenn der nicht half, kamen die schwarzvermummten Gestalten, das Abbild der Feinde, um über Terror Ordnung m stiften. Dadurch wurde die Antifa-Ideologie ein Stück fundamentalistischer Religion, die vor allem die Kulturintelligenz bändigen sollte, die sonst der Praßsucht verfallen würde.

Peter Sichrovsky hat ein nachdenkliches Buch verfaßt und den Beweis angetreten, daß der Gestus der Aufklärung heute verbunden ist mit irrationalen Bindungen, die oft selbst faschistischen Ursprungs sind.

Peter Sichrovsky:
Der Antifa-Komplex - das korrekte Weltbild.
Universitas, München 1999. 320 S., 34 Mark.

Bernd Rabehl ist Professor für Soziologie
an der Freien Universität Berlin.

Tristan Abromeit

...

eMail: abromeit@t-online.de

Deutsche Angestellen-
Gewerkschaft
Vorsitzender des Bundesvorstandes
Herrn Roland Issen
Karl-Muck-Platz 1

Hamburg

Neustadt, 10. 02. 98

„Verärgerung und Zorn der Arbeitnehmer nehmen zu“ (HAZ v. 9. 2. 98) und

„Wiedervorlage“

Sehr geehrter Herr Issen,

ich habe in einem alten Verzeichnis der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hochschu-

le für Wirtschaft und Politik nachgeschaut in welchem Lehrgang Sie an der AWP (später HWP) Student waren. Es war der 15. Lehrgang. Als ich im 17. Lehrgang (1964/66) an der AWP studierte wurde Wilhelm Nölling (Ex-Senator, Ex MdB, Ex-Präsident der LZB und heutige Professor, der zu den Klägern gegen den Euro vor dem BVG gehört und in der Sache Währung Kontrahent zu Ihrem Genossen Helmut Schmidt ist) Assistent von Prof. Georg Hummel, dessen Hörer Sie ja wohl auch waren.

Ich habe diesen Einstieg in mein Schreiben gewählt, weil ich an etwas Gemeinsames anknüpfen und auf etwas Trennendes für die Gewerkschaften und für die Arbeitnehmerschaft Tragisches hinweisen möchte.

Die HWP, die wir als Akademie für Wirtschaft und Politik erlebt haben, ist ja mit starken gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Impulsen als Akademie für Gemeinwirtschaft gegründet worden. Die Gewerkschaften und auch die Sozialdemokratie, die in ihrem Denken und Handeln ursprünglich stark vom Marxismus geprägt waren und nach dem Krieg auf die Linie des Keynesianismus einschwenkten , haben die AWP inhaltlich mit geprägt. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß das, was als nützlich für die Arbeitnehmerschaft gehalten wurde, auch den Studenten (die ja in den ersten Jahrzehnten der AWP das Führungspersonal der Gewerkschaften und der SPD stellte) vermittelt wurde. Auch wenn der Lehrkörper sicher versucht hat, eine wissenschaftliche, unabhängige Linie zu entwickeln, war die AWP nach meiner Einsicht sozialdemokratisch geprägt. (Über die heutige HWP kann ich nichts sagen.) Dies wäre ja gut und richtig, wenn das Modell Sozialdemokratismus (ein unsystematisches System des Staatsinterventionismus, das auch von den anderen Parlamentsparteien in Variationen praktiziert oder befürwortet wird) den Bürgern (besonders den Arbeitnehmern) wirklich das gebracht hätte, was seine Anhänger versprachen und noch versprechen. Nun kann man ja aber nicht behaupten, daß nur die AWP inhaltlich so ausgerichtet war. Sie befand sich in Übereinstimmung mit vielen Lehrstühlen in den Universitäten. Dr. Jens Göttner, mit dem ich seit unserer gemeinsamen NordLB-Zeit her bekannt bin und der jetzt für den Nieders. Landtag auf der SPD-Liste kandidiert, hat den sozialdemokratisch geprägten Keynesianismus auch noch voll drauf, obwohl er anderswo studiert hat. Wenn nun die praktischen Ergebnisse einer Politik (ich wiederhole, die CDU/CSU liefert nur eine Variante und vertritt höchstens theoretisch eine gegenteilige Position) nicht der Theorie und dem guten Willen (den man der Wirtschaftspolitik nicht absprechen kann) entsprechen, dann muß doch etwas falsch sein. Eine Wissenschaft, die sich nicht durch die Zielverfehlung bei der Anwendung ihrer Theorie zur Berichtigung veranlaßt sieht (z.B. Alternativgutachter Hickel u.a.) oder nur durch Preisgabe

der berechtigten Forderungen der Arbeit (durch eine Kapital unterwerfende Angebotspolitik) glaubt ihre Wissenschaftlichkeit beweisen zu können, ist doch irreal, glaubens- und nicht wissensorientiert, einfach politisch irrsinnig. Sicher hier und dort nimmt man unter Wirtschaftswissenschaftlern und unter Wirtschafts- und Sozialpolitikern ein Unbehagen war. Aber die ganze Unsummen verschlingende Wissenschaft und Politik, die aus der Arbeit finanziert werden muß ist nicht in der Lage, den Dingen auf den Grund zu gehen. Unsere Eltern und Großeltern werden heute noch beschimpft, daß sie Hitler und die Folgen ermöglicht haben, dabei wollten sie nur die Erlösung von sozialökonomischer Drangsal, in der sie die damals wie heute blinde, und demokratisch dürftig legitimierte Politik und die Wirtschaftswissenschaft hinein manövriert hatte. Sind die Gesellschaftswissenschaftler, die Parteimitglieder und die Gewerkschafter heute wirklich klüger? Ich bezweifle es. Die Opferrolle der damaligen demokratischen Politiker wird kultiviert, ihre damalige Täterrolle unterschlagen und der neuerliche Beitrag der heutigen Politiker zum Untergang von Humanität wird nicht gesehen. Die Verteufelung von links- und rechtsextremer Symbolik und Gewalt ist reines Ablenkungsmanöver von der eigenen, lächelnden , schlipstragenden Bösartigkeit bei gutem Gewissen.

Aber zurück zur Akademie: Jene Kommilitonen, die mit ein Stipendium einer „linken“ Stiftung und der Gewißheit, daß sie danach mit einer BAT 2-Stelle im Verbund *Gemeinwirtschaft / Gewerkschaften / SPD* rechnen konnten und sich in Übereinstimmung mit den Lehrinhalten fühlten, konnten sich aus meiner damaligen Sicht glücklich fühlen. Ich kam 1964 mit den Glauben an die Wissenschaftlichkeit des akademischen Studiums, mit viel Fragen nach Hamburg. Ich hatte 1961 in meiner späten Lehre (nach Seefahrt und vielen anderen Tätigkeiten) als Bankkaufmann in einer Kreditgenossenschaft Informationen über eine Ökonomie erhalten, die den Freiheitsanspruch und die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit ermöglichen sollte. Ich spreche von der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule. Ich bin an das Thema mehr als skeptisch herangegangen und habe mich z.B. beim Genossenschaftsverband schlau gefragt In der AWP wollte ich nun alles klären und merkte, daß ich hier ein Tabu berührte. Prof. Hummel ging nur versteckt auf die Sache ein, so daß es die Kommilitonen gar nicht mitbekamen. Erst viel später hat er sich zu dem Bekenntnis durch gerungen, daß er viel bei Gesell über Geld und Kredit gelernt hat. Da ich nicht einfach vergessen konnte, was ich erfahren hatte, war meine Situation (abgesehen von meiner prekären familiären Situation) als Student und als Absolvent nicht einfach. Es war kein Vergnügen hinterher als Versicherungsvertreter und Bauarbeiter zu arbeiten. Ich war ein Dissident geworden, eine Rolle, die man eigentlich nur den Staaten zuordnete, die hinter dem eisernen Vorhang lagen. Ich erzähle das

nicht aus Wehleidigkeit, sondern 1. um zu verdeutlichen, daß dort keine Wissenschaftlichkeit vorhanden ist, wo Tabus aufrecht erhalten werden (das gilt nicht nur für die Wirtschaftswissenschaft, sondern auch für die Gewerkschaften), 2. um eine emotionales Eingangstor für die Einsicht zu schaffen, daß sowohl Sie wie auch ich mit dem Versuch gescheitert sind, die Welt ein bißchen besser zu machen. Sie konnten zwar eine große Karriere als Gewerkschafter realisieren, aber den Mitgliedern oder der Gesamtgesellschaft hat das sowenig genutzt wie meine Teilhabe an dem Wissen von einer besseren Ökonomie, solange sie nicht politisch realisiert ist. Ich denke, Sie und ich sind (neben den vielen anderen politischen Aktivsten) Verlierer. Der Unterschied zwischen Ihnen und mir ist: Sie konnten eine bedeutende anerkannte Rolle spielen. Mir blieb nur die wenig einträgliche Rolle des des Außenseiters. Ich kann mich nur damit trösten, daß Sie (vielleicht entgegen ihrem eignen Gefühl und Wollen) eine Ökonomie von gestern und ich eine von morgen vertrete.

Laut der HAZ vom 9.2.98 haben Sie geäußert, daß die „Proteste der Arbeitslosen ein Warnsignal“ sind. Das sind sie aber auch für die Gewerkschaften, denn in der gleichen Ausgabe der HAZ war auch zu lesen, daß die Arbeitslosen kein Interesse an einer entsprechenden Protestkundgebung des DGB hatten (s. Anlage). Das Gefährliche an unserer gesellschaftlichen Situation ist, daß die ganzen Vorgänge mit einem geringen Grad an Rationalität von der Vielzahl der Menschen beobachtet wird, daß die Menschen keine hoffnungsvolle Perspektive haben, und daß es kein Maß dafür gibt, wann „Brot und Spiele“ eine politische Eruption nicht mehr verhindern können. Offensichtlich wird von Politikern unabhängig von der Parteizugehörigkeit diese Gefahr mehr geahnt als gesehen und Europa und der Euro als Ausweg gesucht. Was nicht gesehen wird, ist, daß das Zusammenlegen der nationalen Teppiche, unter denen jede Menge Probleme gekehrt wurden, keine blühende Teppichlandschaft ergibt, sondern der so gehäufte soziale Sprengstoff zur Selbstentzündung neigt. Die gute Idee *Europa* ist eine untaugliche Fluchtburg für die versagende Politik geworden.

Wenn Sie laut HAZ beklagen, daß vor rund zwei Jahren das Bündnis für Arbeit geplatzt ist, kann ich nur erwidern, daß alle Teilnehmer froh darum sein können. Jetzt kann jeder jeden die Schuld des Scheiterns zuweisen. Hätten die Bündnis-Teilnehmer die Arbeit ernsthaft aufgenommen, wäre bald der Offenbarungseid fällig gewesen, weil alle hätten gestehen müssen, daß ihre Ideenkasse leer ist oder nur solche Ideenscheine beinhalten, die das Siegel der Untauglichkeit tragen.

Was ist zu tun? Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, wenn ich in ihrer Rolle wäre, würde ich den Apparat DAG nutzen, um wichtige Fragen zu klären. Dabei kann nach wie vor Keynes eine große Hilfe sein, der ja in der Analyse der wirtschaftlichen Abläufe mit Gesell übereinstimmt. (Hinweis in der Anlage über einen Vortrag von E. Glötzl „... warum Keynes recht hatte und doch irrte". Meine Möglichkeiten sind fast darauf begrenzt, Briefe wie diesen zu schreiben. Wobei ich gar nicht weiß, ob z.B. dieser Brief das rüber bringt, was er rüber bringen sollen, nämlich Ihnen Perspektiven des konstruktiven Handelns zu zeigen und sei es nur darum, daß sie Ihr Seelenheil retten.

Im März **1970** habe ich in einer Ausarbeitung die Frage gestellt: „Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument die DAG-Gegenwartsforderungen - Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit durchzusetzen?" und bin wohl zu dem Ergebnis gekommen, daß das nicht der Fall ist. Ich habe den Vorgang nochmals zur „Wiedervorlage" aus dem Ordner geholt, auch den Schriftwechsel zwischen Ihnen und mir aus 1978 und füge ihn in Kopie bei.

Ich habe jetzt nicht geprüft, ob ich heute noch jeden Satz so Schreiben würde wie 1970. Ich will ja nur darauf hinweisen, daß bereits 1970 sichtbar war, daß die Gewerkschaften einen neuen Arbeitsansatz benötigen. So wie ein Unternehmen, das vor dem Konkurs steht, zu recht gescholten wird, wenn es Produkte herstellt, die der Markt nicht mehr abnimmt, so müssen sich auch die Gewerkschaften die Unfähigkeit vorwerfen lassen, wenn sie versuchen, mit untauglichen Mitteln die Arbeitnehmerinteressen zu vertreten und sie dabei in sozialökonomischer Bedrängnis bringen.

Als weitere Anlage füge ich meinen Artikel „Die Arbeitnehmer beteiligen ..." aus der Zeitschrift *Bündnis 2000* . Ich hoffe, daß dieses Schreiben mir nicht nur Mühe und Kosten verursacht hat, sondern Ihnen und Ihren Kollegen auch einen Nutzen stiftet.

An Literatur zu dem hier abgehandelten Thema ist seit meiner Stellungnahme von 1970 soviel erschienen, daß nur Ideologieblindheit diese übersehen konnte. Ich nenne hier nur drei Titel (als „erste Hilfe"):

Gerhard Senft, Weder Kapitalismus noch Kommunismus, Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft, 1990, Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte;

Bernd Senf, Der Nebel um das Geld, Zinsproblematik, Währungssysteme, Wirtschaftskrisen, Ein AufklArungsbuch, 1996, Gauke Verlag;

Helmut Creutz, Das Geld-Syndrom, Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, 1993, Ersterscheinung im Wirtschaftsverlag Langen Müller / Herbig, danach in 3., 4. oder 5. Auflage als Taschenbuch, Verlag ?

Herr Issen, mein langer Brief ist sicher für einen vielbeschäftigten Mann eine Zumutung. Sie können den „Zeitverlust“ ja dadurch wieder wett machen, daß sie einmal eine Tageszeitung übergehen, wenn da für Sie was Wichtiges drin steht, werden sie doch von ihren Mitarbeitern (Kollegen) darauf aufmerksam gemacht. Was ich gesagt habe, finden dagegen nicht in der Zeitung.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Anlagen in Kopie:
1. Ist der Tarifvertrag ... vom März 1970,
2. Brief an Willi Jürgens (DAG-Betriebsgruppe) vom 20. 3. 1970,
3. Brief an die DAG, Bundesgruppe Banken und Sparkassen vom 25. 6. 70,
4. Brief von der DAG, Jürgen Haker,
5. Ihr Schreiben an mich vom 8.5.79 (Es fehlt mir mein Schreiben, daß ihre Antwort auslöst hat.),
6. Meine Antwort vom 9. Juli 1978,
7. „Die Arbeitnehmer beteiligen ...“ , Bündnis 2000, 2/94
8. Vortrag zu Keynes von Erhard Glötzl, Kurzfassung, Hinweis auf Internet, http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/gloetzl/keynes.htm aus INWO-Rundbrief
9. drei Artikel aus der HAZ vom 9.2.98

(Neu formatiert am 10.10. 99 / Briefkopf neu formatiert 8. 2006) Bis auf 7. hier ohne Anlagen)

Tristan Abromeit,

Ex-Mitglied der FDP
Gründungsmitglied der GRÜNEN

Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt
E-Mail: Abromeit@T-online.de

Ich habe meinen Wahlszettel verbrannt!

Memorandum

An: Unentschiedene WählerInnen
Von: Tristan Abromeit
Datum: 21. 09. 98
Betreff: Wie soll sich ein(e) unentschlossene(r) zweifelde(r) Wähler(in) bzw. Bürger(in) in oder nach der Wahl zum Bundestag vom 27. September 1998 verhalten?
> Ein Text, der über den Wahltag hinaus zielt. <

(**Notiz vom August** 2006: **Der obige Text ist in voller Länge enthalten im Anhang zu „Verlogenes, Böses und Verschüttetes in der deutschen Politik - gestern und heute", vom August** 2002, **Text Nr**. 25.2. **TA**)

Bündnis 2000

Forum für Demokratie, Ökologie und Menschenrechte

4.Jg. Nr. 2 / 11.2. 94

Zukunft der Arbeit

Zum Thema: Christine Ax * Peter Grotian * Tristan Abromeit * Roland Resch

Die Arbeitnehmer beteiligen...

Kann die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital durch Investivlohn das Verhältnis zwischen Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen ändern?

VON TRISTAN ABROMHT, NEUSTADT

"*Der Kapitalismus ist noch immer ungerecht. Von 1982 bis 1992 stieg das Einkommen der Deutschen insgesamt um 72 Prozent, das der Kapitalbesitzer (der Rosenthals) um 121 Prozent, das der Arbeitnehmer aber nur um 52 Prozent. Somit ging deren Anteil am Gesamteinkommen von 71,4 auf 63 Prozent zurück. Diese Umverteilung von unten nach oben ist nicht durch Nominallohnsteigerungen zu bewältigen. Denn dem Arbeitnehmer wird aus der Preistasche herausgezogen, was er in die Lohntüte hineinbekommen hat. Also endlich Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital durch Investivlohn.* "

(Leserbrief von Prof. Philip Rosenthal an den STERN)

Ob die Zahlenangaben von Prof. Rosenthal genau sind, kann ich z.Z. nicht überprüfen. In der Tendenz stimmen sie bestimmt: Schaut man sich die Salden zwischen den Zinszahlungen und Zinseinnahmen der Haushalte an, dann sind nur zwei von zehn Haushaltsgruppen auf der Gewinnerseite. Die Dividende - die ja nur eine besondere Ausprägung des Zinses ist -, an der die Arbeitnehmer nach mehreren Jahren in unterschiedlicher Höhe Anteil am Produktivkapital hätten, kann daran nichts ändern, schon weil das Problem "Kapitaleinkommen" gar nicht angefaßt wird. Ich spreche nicht generell gegen einen Investivlohnn. Wir haben allen Grund, uns unsere Köpfe darüber zu zerbrechen, wie die Arbeitnehmer Miteigentümer ihrer Arbeitsstätten werden können, damit sie im Vergleich zur jetzigen Mitbestimmung - die nur unbedeutend ihre Fremdbestimmung aufhebt – ein substantielles Mitbestimmungsrecht erhalten. Aber auch, um die oft demütigende Fremdkontrolle durch eine effektivere Leistungseigenkontrolle zu ersetzen.

Es gilt überhaupt, in größeren Unternehmen so etwas wie eine innerbetriebliche Marktwirtschaft zu entwickeln, damit die hierarchischen Strukturen mit ihrem Unterwerfungsanspruch so weit abgebaut werden können, wie sie leistungsmindernd wirken und inhuman sind. Die innerbetriebliche Dezentralisation und Kompetenzverlagerung in Gruppen mit begrenzter Autonomie ist als Aufgabenstellung und Realisierung bei uns in der BRD viel zu spät in Angriff genommen worden. Das Symbol der Unternehmung sollte nicht die Pyramide; son-

dern die Kugel sein, wobei eine gleichgewichtige gegenseitige Abhängigkeit zwischen dem Zentrum und den Rändern hergestellt werden muß. Die Kristallisation des Leistungszentrums würde in einer nach-kapitalistischen Gesellschaft durch die Unterzentren, Abteilungen, Gruppen und einzelne Mitgesellschafter erfolgen und nicht durch außerbetriebliche, an der Rendite orientierte Interessen.

Der Investivlohn sollte aber nicht als ein Kleister mißbraucht werden, der die Arbeitnehmer an das Unternehmen binden soll. Diese Kleisterfunktion dient längerfristig weder den Unternehmen noch den Arbeitnehmern.

Für die Unternehmen ist der Investivlohn durchaus interessant, weil ihre Eigenka-
pitaldecke dadurch größer wird und sie somit unabhängiger von Fremdkapitalgebern werden. Bei den Arbeitnehmern ist der Vorteil nicht so eindeutig: Vorteilhaft für sie ist der Investivlohn dann, wenn die Alternative der Verzicht auf einen Teil des Lohnes ist: z.B. in der Aufbauphase eines Unternehmens oder bei befristeten Liquiditäts- oder Auftragsengpässen bei sonst mangelnden Arbeitsangeboten mit Vollohn.

Wenn er nicht individuell zwischen Unternehmen und Arbeitnehmer vereinbart wird, ist der Investivlohn eine Art Zwangssparen. Jene Arbeitnehmer, die schon heute über eine Sparsumme verfügen, die mehr als Rücklage für die Wechselfälle des Lebens ist, würden sich von sich aus an den Unternehmen, in denen sie arbeiten, beteiligen, wenn ihnen nicht immer (besonders von SPD- und Gewerkschaftsseite) eingeredet würde, sie könnten kein Risiko tragen.

Individuelles geht vor betriebswirtschaftlichem Interesse

Dabei müssen Arbeitnehmer ständig – egal ob unter SPD- oder CDU-dominanter Politik - das viel größere Risiko tragen, das aus der mangel- und wechselhaften Wirtschaftspolitik resultiert. Aber ein Großteil der Arbeitnehmer, denen man mit "Zwangssparen" oder Förderprämien zu Vermögen verhelfen will, würde von sich aus sparen und investieren, wenn ihre "Unternehmen", die Privathaushalte, von diversen Kosten (Steuern, Beiträge zu den "sozialen" Zwangskollektiven und Zinslasten, besonders für die Wohnung) entlastet würden. Man kann häufig in unmittelbarer Nähe beobachten, daß Arbeitnehmer, die aufgrund von Rabattangeboten Aktien ihres Unternehmens gekauft haben, nur darauf warten, daß die mit den verbilligten Aktien gekoppelten Sperrfristen ablaufen, damit sie sie verkaufen können, um das größte finanzielle Loch im eigenen Haushalt zu stopfen.
(Im übrigen habe ich noch nie eine Berechnung der Kosten staatlicher Förderungs-
politik gesehen. Die Kosten gehen ja nicht zu Lasten des Kapitaleinkommens,

sondern zu Lasten des Arbeitseinkommens. Und wenn ich hier von Arbeitseinkommen spreche, dann ist der Unternehmerlohn einbezogen.)

In einer solchen Situation treten gegenüber dem Investivlohn jene Vorbehalte auf wie bei der Gewinnverteilung in einer Produktivgenossenschaft, in der die Mitglieder im Mangel leben. Sie entscheiden sich für die Auszahlung und gegen eine betriebswirtschaftlich vielleicht überlebensnotwendige Investition. (Dies gilt bei der Genossenschaft besonders dann, wenn die Mitglieder beim Ausscheiden aus derselben nicht ihren realen, sondern nur ihren nominellen Anteil am Unternehmen realisieren können.)

Nach meiner Einsicht läßt sich das Ziel der leistungsgerechten Einkommensverteilung und - in dessen Folge – Vermögensverteilung weder mit dem Investivlohn noch mit genossenschaftlichem Anteilseigentum realisieren. Die Parole auszugeben: "Hole dir über die Dividende und den Aktienkursgewinn einen Teil dessen zurück, was man dir vom Lohn abzwackt!", ist auch nicht sozial: Denn abgesehen davon, daß dieser Anteil am Kapitaleinkommen minimal bleiben wird, bleiben zu viele Arbeitnehmer übrig, die sich aufgrund eines gesetzlich verordneten oder kollektiv vereinbarten Investivlohns in bezug auf ihre Haushaltskasse noch mehr verschulden müssen als bisher.

Zum Thema "Genossenschaft"

gibt es einen informativen kritischen Beitrag von Joachim Wiemeyer mit dem Titel:' 'Produktivgenossenschaften und selbstverwaltete Unternehmen - Instrumente der Arbeitsbeschaffung ?“[12] Diese Arbeit sollte nicht in wissenschaftlichen Archiven verstauben, sondern über Buchvertriebe zu denen gelangen, die sich in dieser Richtung Hoffnungen machen. Mich reizt es, auf der Basis der Erkenntnisse von Jäger und Wiemeyer eine Arbeit anzufangen mit dem Titel "Die Produktionsgenossenschaft 2000 – befreit vom ideologischen Ballast, der entstanden ist aufgrund einer falschen Kapitalismusanalyse und der Fesseln des Genossenschaftsgesetzes". Eine solche Schrift könnte vielleicht auch eine Hilfestellung für die ostdeutschen Produktionsgenossenschaften sein, denn „Schätzungen gehen davon aus, daß auf mittlere Sicht lediglich 10 % der ehemals 3000 Produktionsgenossenschaften im Wettbewerb bestehen können.“ (Helmut Ruwisch in „Die Entwicklung der ostdeutschen gewerblichen Genossenschaften in Handel und Handwerk“, Vorträge/Heft 30, Institut für Genossenschaftswesen)

Einkommensverteilung rangiert vor Untemehmensbeteiligung

So wie Marktwirtschaft und Kapitalismus keine Synonyme sind - auch wenn sie mit

12 1) Arbeitspapiere des Instituts für Genossenschaftswesen der westfälischen Wilhelmsuniversität, Nr. 8, Sept. 1986, Adresse: Am Stadtgraben 9, Münster

Schaden für Individuen und Gesellschaften so verwendet werden - und ganz unter-
schiedliche Begriffsinhalte haben,[13] so sind auch leistungsgerechte Einkommens- und Vermögensverteilung einerseits und Beteiligung der Arbeitnehmer an ihren Unternehmen zwei verschiedene Themen. Wahrscheinlich ist, daß sich die Frage der Unternehmensbeteiligung von selber beantworten würde, wenn das Problem der Einkommensverteilung gelöst würde. Aber umgekehrt über eine Unternehmensbeteiligung der Arbeitnehmer die Einkommensverteilung ändern zu wollen, wäre ein vergeblicher Versuch, der nur Enttäuschung produzieren könnte.

Unabhängig von den Verteilungsfragen halte ich es jedoch für erforderlich, über konkurrierende Beteiligungsmodelle (ohne staatliche Förderung) nachzudenken. Und zwar aus folgenden Gründen: Zum einen, um den Arbeitnehmern ein Stück individueller (nicht kollektiver) Emanzipation von Fremdbestimmung zu ermöglichen; zum anderen, um andere innerbetriebliche Strukturen mit dem Ziel der Leistungssteigerung der Unternehmen zu ermöglichen. Die größte Vergeudung unserer Unternehmen geschieht dadurch, daß die Arbeitnehmer aufgrund hierarchischer Strukturen und aufgrund dessen, daß ihnen "ihre" Unternehmung in der Regel als ihr Gegner erscheint, nur einen Bruchteil ihres Wissens und Könnens einbringen bzw. einbringen können.

Arbeitnehmer als Mitunternehmer?

Es ist also auch unabhängig von den Problemen der Einkommens- und Vermögens
verteilung interessant und notwendig, sich mit der Beteiligung der Arbeitnehmer an ihren Unternehmungen zu beschäftigen. Da die Marktwirtschaft ja ein Ökonomie-Modell ist, das geradezu nach einer Vielfalt von Unternehmensmodellen dürstet, sollte man meinen, daß die Förderung von Beteiligungsmodellen ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik, der Gewerkschaften, der Genossenschafts- oder der Arbeitgeberverbände ist. Das ist jedoch besonders für die Alt-BRD eine Fehleinschätzung. Eine Beteiligung des Arbeitnehmers an einem Fonds, der Anteile an Unternehmen hält und in dem der Gewerkschaftsfunktionär einen Aufsichtsratsposten hat, das war und ist für Gewerkschaftler noch vorstellbar. Aber die Idee, den Arbeitnehmer zum selbstwertbewußten Mitunternehmer zu machen, wird überall, wo sie auf den Tisch kommt, von den Vertretern der herkömmlichen "Arbeiterbewegung" mit erheblichem Mißtrauen belegt. CDU-Politiker wiederum sahen in
einzelnen Versuchen von Arbeitnehmern, die die Übernahme von in Konkurs

13 2) Die Gleichsetzung von Marktwirtschaft als Koordinations- und Kooperationstechnik mit dem Kapitalismus als Ausbeutungstechnik hat zu der Konfusion in der politischen Ökonomie geführt, die wir beobachten können. Denn marktwirtschaftliches Verhalten ist gesellschaftsförderlich, kapitalistisches in der Konsequenz (gar nicht mal in der Absicht einzelner Individuen) gesellschafts-
feindlich. Wenn wir die Begriffe nicht auseinanderhalten, arbeiten wir jenen zu, die möchten, daß die ökonomischen Verhältnisse so bleiben, wie sie sind.

geratenen Betrieben planten oder probten, das Einfallstor des Kommunismus in die BRD. Und die Genossenschaftsfunktionäre hatten für die Idee der Produktionsgenossenschaft in der Regel nur ein müdes Lächeln. Die Unternehmen, die von sich aus ihren Arbeitnehmern eine substantielle Beteiligung angeboten haben, waren und sind bezogen auf die Gesamtzahl der Unternehmen Exoten. Aber trotzdem gilt: Unser Gesellschaftsrecht bietet eine breite Palette von Rechtsformen für die Beteiligung der Arbeitnehmer als Gesellschafter bzw. Genossen an.
Da gibt es z.B. für die Schiffahrt noch die Rechtsform der Partenreederei, die fast von der Öffentlichkeit vergessen wurde. Mir ist auch eine Vereinigung bekannt, die im Zusammenwirken von Unternehmen und deren Arbeitnehmern jeweils passende Beteiligungsmodelle erarbeitet.[14] Gute Beiträge zur Genossenschaft finden sich auch in der „Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen". In einer Abhandlung von Werner Kruck mit dem Titel „Die gewerbliche Produktivgenossenschaft in Deutschland" findet sich z.B. der Satz: „Zur Verhandlung kommt die These, daß statt der Produktivgenossenschaften, deren 'Nichtfunktionieren' trotz, entgegenstehender Beispiele wie selbstverständlich behauptet wird, die Nichtexistenz, von Produktivgenossenschaften in der alten Bundesrepublik auf einen korrekturbedürftigen Effekt genossenschaftswissenschaftlicher Theoriebildung zurückzuführen ist."[15]

Und die Gewerkschaften?

Den erforderlichen Änderungen steht auch das Selbstverständnis der Gewerkschaften entgegen. Gewerkschaften, so wie sie heute sind, können nur wachsen und gedeihen, wenn es den Arbeitnehmern schlecht geht. Nur dann sucht der Arbeitnehmer Zuflucht bei ihnen und zahlt ohne Murren seine Beiträge. Bei guter Konjunkturlage geht es den Gewerkschaftsfunktionären in ihren Versammlungen so wie den Pastoren heute in der Kirche: Sie predigen leeren Stühlen. Die Folgerung daraus ist, daß die Gewerkschaften heutiger Form ein Hemmnis sind auf dem Wege zu einer wirklichen Besserstellung der Arbeitnehmer. Der hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionär wird in der Regel nichts tun, was seine Stellung beeinträchtigt. Dies merkt man auch daran, daß sie sich gegen Lohnindexklauseln wenden
und ein geringes Interesse an Beteiligungsund Selbstverwaltungsmodellen haben.

Dabei könnten die Gewerkschaften eine neue, sogar eine Vorreiterrolle für eine bessere ökonomische Zukunft übernehmen, in der es den hauptamtlichen Gewerkschaftsmitarbeitern dann besser geht, wenn es den Arbeitnehmern auch besser geht. Ich denke, die Gewerkschaften müssen sich zu *Dienstleis-*

---

14 3) Michael Lews, Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V.,
Töpferhofweg 26, Kassel.

15 4) Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Organ für Kooperationsforschung und - praxis, Nr. 43, S. 197-216, ISSN 0044-2429, Vandenhoeck & Ruprecht, 1993.

tungsgenossenschaften - also zu Unternehmen - wandeln, die folgenden Funktionen (konkurrierend mit anderen Institutionen) übernehmen könnten: örtliche und überörtliche Arbeitsmarktanalysen für Arbeitnehmer und Beteiligungsunternehmer, Berufsberatung, Arbeitsplatzvermittlung, Berufsausbildung und die Abdeckung der Risiken der Arbeitnehmer von der Haftpflicht über die Arbeitslosenversicherung bis zur Altersversorgung.

Aber vorerst müssen wir damit leben, daß weder die Unternehmerverbände noch die Gewerkschaften Förderer der Marktwirtschaft sind.